

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Bise vom 7. Mai, Nachmittags 2 Uhr. (Angelommen
4 Uhr — Min.) Staats-Schuldzinsse 88. Prämienanleihe 119%. Neueste
Anleihe 106%. Schles. Bank-Verein 80 B. Ober-Schlesische Litt. A. 118.
Ober-Schlesische Litt. B. 110. Freiburger 98. Wilhelmshafen 53 B. Meise-
Brieger 49%. Tarnowitzer 33. Wien 2 Monate 68%. Oester. Credit-
Anstalt 57%. Oester. National-Anleihe 53%. Oest. Lotterie-Anleihe 56%.
Oester. Staats-Eisenbahn-Anstalt 131%. Oest. Banknoten 69% B. Darm-
städter 73%. Commandit-Antheile 83%. Köln-Minden 143% B. Rheinische
Anstalt 82%. Oester. Banknoten 14. Meisenburger —. Friedrich-
Wilhelms-Nordbahn —. — Matter.

Wien, 7. Mai, Mittags 12 Uhr 30 Min. Credit-Mtien 171, 30.
National-Anleihe 78, 25. London 144, 50.
Berlin, 7. Mai. Roggen: animirt. Mai-Juni 49½, Juni-Juli 49½,
Juli-August 49%, Septbr.-Oktobr 50. — Spiritus: matt. Mai-
Juni 19%, Juni-Juli 19½, Juli-August 20%, Sept.-Oktobr 19%. —
Häbbl: höher. Mai 114½, Sept.-Oktobr 12½.

△ Die Staatsmänner der Zukunft,

mit denen das Organ der feudalen Partei das Land gern beglücken möchte, haben in der Debatte über die Grundsteuer-Vorlagen wieder einmal jenen glänzenden parlamentarischen Takt entwickelt, welcher die allgemeine Aufmerksamkeit mit Recht auf sich gelenkt hat. Zwar wurden die Minister diesmal in ihren Reden nicht lärmend unterbrochen, sondern man begnügte sich, dem Führer der Partei, Hrn. Stahl, bei seinem Aufsatze gegen „die parlamentarische Regierung des Ministeriums“, stürmisch, mehrmals sich wiederholenden Beifall“ zuzurufen; zwar unterließ man auch, wie in der Debatte über die Civilisee gegen die Ministerbank anzurücken; aber die Scene zwischen dem Hrn. v. Waldow-Steinhövel und dem Oberbürgermeister Hasselbach wird nicht verkehlen, eine ausgezeichnete Stelle in den Annalen der Geschichte des Herrenhauses einzunehmen. Die Geldfragen — das zeigt schon die Geschichte des alten Rom zur Zeit der gracchischen Unruhen — sind von weit aufregenderer Natur als die politischen Fragen, und es erklärt sich daher jener rhetorische Schwung, der auf die improvisirte Frage: „Was zahlt denn Herr Hasselbach?“ sofort die weniger feine, aber energische, „mit schneidender Stimme“ gegebene Antwort folgen ließ: „Nicht einen Sechser zahlt Herr Hasselbach; er bewilligt die Steuer aus anderer Leute Taschen.“ Wir erinnern uns nicht, daß in der Berliner Nationalversammlung, wo es doch mitunter sehr lebhaft herging, derartige Scenen vorgekommen wären; jedenfalls ist dieser Fortschritt in der Geschichte unseres parlamentarischen Lebens zu registriren.

Ueberhaupt bot die Debatte Viel des Interessanten dar. Wenn die Bemerkung desselben Hrn. v. Waldow-Steinhövel, daß „die Mitglieder des Herrenhauses Vertreter des ganzen Landes sind“, nur geeignet ist, eine allgemeine Ueberraschung hervorzurufen, so zeigte Herr v. Senft-Pilsach, der wackere Mitkämpfer des ersten Landesvertreters, in einem unbewachten Augenblicke die letzten Konsequenzen des Systems, das sie als die Staatsmänner der Zukunft durchzuführen gedenken. „Habe man sich einige tausend Jahre ohne Eisenbahnen beholfen, so hätte man es noch ein Paar Jahre thun können“ — diese Worte bilden das Motto zu der neuen Volkswirtschaftslehre, welche noch ihrer weiteren Entwicklung harret und vorläufig die Wiederherstellung der Zünfte als Basis hat. Die Eisenbahnen — wurden sie doch von manchen Kanzeln herab schon anfänglich als eine Erfindung des Satans bezeichnet — wollen sich in das System der feudalen Partei nicht einfügen lassen; wenn ein früherer Anhänger dieser Partei, der sich jedoch seit der neuen Aera bekehrt zu haben scheint, die Schornsteine der Fabriken „die Burgen des modernen Raubritterthums“ nannte, und die großen Städte, weil sie die Mittelpunkte der Reaction so feindseligen Intelligenz sind, von der Erde vertilgen wollte, so wird man den Haß gegen die Eisenbahnen und die elektrischen Telegraphen vom Standpunkte eines Staatsmannes der Zukunft vollkommen begreiflich finden. Es ist wahr, die freie, von tüchtigen Kräften geleitete Presse schadet außerordentlich der Verwirklichung jenes Idealstaates, welcher den Herren v. Senft-Pilsach und v. Waldow-Steinhövel, so wie ihren erleuchteten Freunden vorschwebt; es ist wahr, auch die Defectivität unseres ganzen Staatslebens verbindet die Rückkehr in jene paradiesisch-patriarchalischen Zustände, in denen die kleinen Herren bereits im Besitze ihrer Bauern sich sonnten, noch ehe die Hohenzollern existirten; es ist wahr, die Verhandlungen des Herrenhauses nicht minder wie des Abgeordneten-Hauses verbreiten eine Fülle von politischer Bildung, welche dem Volke jene glückliche Zeit des Luthertums leider in einem ganz falschen Lichte darstellt — aber die Eisenbahnen bringen die Menschen selbst zusammen und würfeln die Ideen noch weit mehr durch einander; sie verhindern sogar das Wiederaufblühen der deutsch-wendischen Nationalität und nähern den Pommer dem Rheinpreußen, den Westfalen dem Schlesier, so daß bedauerlicher Weise allen Preußen und Deutschen immer mehr und mehr zum Bewußtsein kommt, daß sie zu einer einzigen großen Nation gehören, die, merkwürdig genug, von den antediluvianischen Ideen der Führer des Herrenhauses nichts wissen will, sondern sich berufen wähnt, in der europäischen Staatenfamilie die erste Stelle einzunehmen. Fort also mit diesen Eisenbahnen! oder wenigstens, da wir uns ohne dieselben bereits einige tausend Jahre beholfen haben, unterbreiten wir sie noch einige Jahre; lassen wir uns von den Nachbarstaaten, selbst von Rußland, immerhin überflügeln, wenn uns nur die Grundsteuer-Befreiung als das einzige Denkmal jener glücklichen Zeit vor 1806 noch bleibt. Konsequenz liegt in alledem: der materielle Fortschritt des Handels und der Industrie ist der Partei nicht minder verhaßt, wie der religiöse und politische Fortschritt, denn der eine hängt mit dem andern aufs Engste zusammen.

Trotz der wohlmeinenden Angriffe der früheren Majorität und trotz des „Patriotismus“, der sich gerade in dem Widerstande gegen die Grundsteuererfolge zeigen sollte, hat das Ministerium nach dreijährigem Kampfe endlich gefiegt; das Grundsteuer-Thema wird endlich im Ganzen und Großen wenigstens von der Tagesordnung verschwinden, womit unsere Leser nicht weniger zufrieden sein werden wie wir. Wir wagen noch nicht zu behaupten, daß der Preis des Kampfes werth war; immerhin aber ist wieder ein Prinzip der bürgerlichen Freiheit, die gleichmäßige Besteuerung der Provinzen, seiner Verwirklichung entgegengeführt, ein Grund zur gegenseitigen Anfeindung der Angehörigen eines und desselben Staates verschwunden und wieder eine Bestimmung der Verfassung ausgeführt. So brechen sich die Fesseln der Neuzeit Bahn, wenn auch nach langem und heftigem Kampfe, mit welchem die Rücktrittspartei ihre letzten Stützen vertheidigt; andere Reformen auf dem religiösen wie politischen Gebiete müssen nachfolgen, weil Preußen, wenn es Preußen bleiben will, besonders in der Jetztzeit die Fahne des Fortschritts nicht aufgeben kann. Wie das Ministerium den Sieg er-

rungen hat, ist noch nicht klar zu übersehen, aber nach den Andeutungen einzelner Redner zu schließen, scheint eine Anzahl der Gegner den Kampfplatz verlassen, d. h. den Sitzungen nicht beigewohnt zu haben; Ehre den Männern aber, welche ihre frühere Ueberzeugung der Nothwendigkeit zum Opfer brachten und dies offen auf der Tribüne aussprachen; vom Patriotismus war viel in der Debatte die Rede; nun wir denken, daß diese gerade alle Ansprüche darauf haben

Die Annahme der Militär-Vorlagen im Abgeordneten-Hause ist jetzt wohl zweifellos, und so endigt der Landtag mit zwei großen organisatorischen Maßregeln, die beide zahlreiche Gegner hatten. Von den übrigen Reforms Gesetzen, so notwendig sie für die innere Entwicklung unseres Staates sind, scheinen nur wenige Aussicht auf Annahme im Herrenhause zu haben, denn wenn wir uns nicht täuschen, wird das letztere seine Nachgiebigkeit in der Grundsteuerfrage hoch genug anrechnen, um seine Opposition gegen die übrigen Reformen durch den eben bewiesenen „Patriotismus“ zu motiviren. Hätten wir bloß das Materielle im Auge, so würden wir sagen: also Erhöhung des Militär-Stats und eine neue Steuer sind die Endresultate der dreijährigen Periode des Landtages; wir wollen aber hoffen, daß beide große Maßregeln, die eine auf die Machtstellung unseres Staates nach außen, die andere auf die verfassungsmäßige Entwicklung im Innern den wohlthätigsten Einfluß ausüben und von diesem Standpunkte aus die Ertragung der größeren Last dem Volke erleichtern mögen.

P r e n s e n.

Landtag.

K. C. 46. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 6. Mai.
(Schluß.)

Es folgt hierauf die
Prüfung einer Ersatzwahl, die ohne Weiteres genehmigt wird; dann
Berathung des Reides-Grundmann'schen Antrages, betr. die Beschlag-
nahme des Lohnes der Berg-, Hütten- und Fabrikarbeiter. Die Commission
hat befallend den in Vorridlag gebrachten Gesetzentwurf auch ihrerseits
befürwortet. Der Abg. Rabe ist Berichterstatter. Abg. Lette erklärt sich
gegen den Antrag. Die Ausnahmestellung der betr. Arbeiter sei ungerecht;
fertigt, und eben so gut für ländliche Arbeiter zu beanspruchen. Ueberhaupt
kann man durch solche Maßregel Fleiß und Sparfamkeit der Arbeiter nicht
heben. Auch sei am Rheine, bei ganz gleicher Induitrie, kein Bedürfnis
nach einem solchen Gesetze hervorgetreten, in Söhlen würden also wohl an-
dere und fremdartige Motive mitwirken. — Abg. Karsten für das Gesetz:
(Der Redner ist wie die folgenden, bei der großen Unruhe des Hauses
unverständlich). — Abg. Walde gegen den Antrag: Das Obertribunal habe
bereits im J. 1847 in dieser Sache entschieden, indem die Beschlagnahme
des betr. Lohnes von dem Senate, dem er selbst angehört, aufgehoben wor-
den sei. (Der Redner führt die juristische Motivirung dieser Entscheidung
näher aus.) Eine darauf begründete Declaration sei vielleicht am Platze,
aber nicht eine Ausnahmestellung für einzelne Kategorien. — Abg. Reich-
heim: Die Praxis des Obertribunals sei nicht überall maßgebend, man
lege vielmehr gewöhnlich den Satz der Gewerbeordnung von 1845 zu
Grunde, nehme als durchgängig üblich eine 14tägige Kündigungsfrist an
und erkläre demnach den Lohn für einsehbar. Im Interesse der Arbeitge-
ber, wie der Abg. Lette gemeint, liege diese Beschlagnahme nicht, denn die
Arbeit leide in solchen Fällen sichtlich. — Reichensperger (Köln) gegen
den Antrag. Die Bedürfnisfrage sei nicht nach individuellen Erfahrungen zu
entscheiden, es gehöre ein allgemeiner Ueberblick dazu, wie ihn am besten
die Behörde habe und diese sei überwiegend gegen die Nothwendigkeit eines
solchen Gesetzes. Am Rheine erkenne man dieselbe auch nicht an. Was
man für die Bergarbeiter anföhre, gelte für alle Kategorien von Arbeitern,
und deren Interesse sei im rheinischen Recht genügend gegen unbillige Ver-
drückung gesichert. Er trage also darauf an, wenigstens nur für die Pro-
vinzen, in denen das allgemeine Landrecht gilt, diese Bestimmung zu erlassen.

Der Handelsminister: Die Regierung könne das Bedürfnis nicht anerkennen. Der Arbeitgeber könne in allen solchen Beziehungen weit wirksamer für das Wohl der Arbeiter eintreten, als die Gesetzgebung. Die Regierung werde übrigens den juristischen Ausführungen des Abgeordneten für Vielesfeld im Interesse einer einseitigen Rechtsprechung gern ihre Aufmerksamkeit zuwenden, bitte aber den gegenwärtigen Antrag abzulehnen.

Zwischen ist ein Amendement vom Abg. Waldé eingegangen, den Gesetzentwurf an die Comm. zurückzuweisen, um die Nothwendigkeit eines Gesetzes, das die Beschlagnahme des noch nicht verdienten Tagelohnes für unzulässig erklärt, zu erwägen resp. ein solches zu formuliren.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. — Abg. Binder stellt in Abrede, daß nur Oberbischen des Bedürfnis empfinde. Die Ansichten der Behörde seien keineswegs so einig, wie der Abg. Reichenperger gemeint, die Regierung von Opreln z. B. sei jetzt sehr für den Erlaß eines solchen Gesetzes. — Abg. Zimmermann befreit das Unzweifelhafte der Waldeschen juristischen Ausführungen, stimmt aber gegen das Gesetz, welches ein nicht gerechtfertigtes Privilegium für einen einzelnen Stand schaffe und dadurch eine Masse gleichberechtigter Ansprüche hervorgerufen werde. Der Gläubiger selbst verlange übrigens in den meisten Fällen aus eigenem Interesse gar nicht einmal den ganzen Lohn, sondern lasse sich sehr gern auf Theilzahlungen ein, ja bei dem Salzwerke in Schöneberg verahre das Salzamt unaufgefordert nach dieser Norm. Der Schluß der Diskussion wird wiederholt beantragt und jetzt angenommen. — Abg. Reide als Antragsteller empfiehlt den Gesetzesentwurf. Indem er die Ausführungen der Vorredner durchgeht, wendet er gegen Waldes ein, daß das betr. Obergerichtsurtheil sich auf Tagelöhner beziehe, also nicht die hier in Rede stehende Kategorie treffe. Der Res. Abg. Pape wendet gegen die Reichenpergersche Bemerkung ein, daß das rheinische Gesetz nicht ausreiche gegen die hier berregten Lebensstände. Die Abstimmung ergibt Verwerfung des Waldeschen Antrages, für den nur die Abgg. Goversed und Gen. und die poln. Deputirten stimmen, Verwerfung des Reichenpergerschen Antrages, endlich Verwerfung des Comm.-Antrages, für den die Linke und einige Mitglieder der Fraction Pape stimmt. Die Sache ist damit erledigt und der Prä. erteilt dem innwärtigen eingetretenen Finanzminister das Wort.

Es ist, wie dem Hrn. Abgeordneten Ernst v. Patoz zu entnehmen ist, ein Finanzminister v. Patoz: Auf allerh. Ermächtigung vom heutigen Tage überreiche ich dem hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes wegen Erhebung der Stempelsteuer von Zeitschriften, Zeitungen und Anzeigebättern u. dgl. (Beifall). Es bedarf zunächst einer Nachbesserung wegen der Verpöthung der Vorlage. Dieselbe ließ sich nicht ohne gründliche Vorarbeiten zu Stande bringen; es mußten ausführliche Beratungen mit Sachverständigen stattfinden und das finanzielle Resultat erwartet werden. Der Gesetzentwurf — ich fürchte, daß das Bravo nun geschwächt werden wird (Heiterkeit), hat nicht die Aufgabe, in der Besteuerung der politischen Blätter und der eigentlichen Zeitungen etwas zu ändern. Es ist von vielen Seiten zwar der Wunsch ausgesprochen worden, daß diese Steuer womöglich ganz aufgehoben werden möge; dagegen haben sich aber finanzielle Bedenken herausgestellt, und auch die gehörten Sachverständigen waren darüber einig, daß eine Verringerung nicht eintreten könne und daß es im Wesentlichen bei dem jetzigen Gesetz verbleiben müsse. Es treten in Betreff der eigentlichen Zeitungen nur einige Erleichterungen insoweit ein, als zu Gunsten der kleineren Blätter noch eine Zwischenstufe geschaffen wird, daß für die Exemplare, welche ins Ausland gehen, die Steuer vergütet wird, und daß ferner die überschüssigen Bogen über die Normalzahl auf das folgende Quartal angerechnet werden sollen.

Der wesentliche Punkt betrifft die nicht politischen Unterhaltungsblätter. Diese Blätter sind von der Steuer so hart betroffen, daß ihr Erscheinen unmöglich gewesen wäre, wenn man das Gesetz nicht vielfach umgangen hätte. Bekanntlich ist bisher die Frage der Steuerpflichtigkeit von der Frage der Cautionsstellung abhängig; der Entwurf hat den Zweck, diese Verbindung zu lösen, die Steuerverwaltung auf ihre eigenen Füße zu stellen, und enthält die Bestimmung, daß alle Blätter, welche nicht öfter als zweimal in der Woche erscheinen und in der Regel nicht politische Nachrichten bringen,

von der Steuer befreit sein sollen. Eine zweite wesentliche Bestimmung ist die, daß die in fremden Sprachen erscheinenden Blätter von der Steuer freibleiben sollen. Diese Bezeichnung ist deshalb gerechtfertigt, weil fremde Staaten das Zustandekommen nützlicher Postverbindungen davon abhängig gemacht haben. Drittens sollen außereuropäische Blätter fortan nach der Höhe des Abonnementspreises besteuert werden, doch soll eine Erhebung der jetzt zu zahlenden Steuer dadurch nicht herbeigeführt werden; es sollen dabei besonders die kleineren Zeitungen berücksichtigt werden. — Der Entwurf geht an die durch 7 Mitglieder verstärkte Finanzcommission.

geht an die durch Mitglieder verfertigte Finanzcommission.
Es folgt die Beratung des Commissionsberichtes, betreffend den Antrag eines Gewerbegesetzes. Abg. Lette ist Referent. Die von der Commission beantragten Resolutionen sind bereits mitgetheilt. Nachdem der Abg. Lette den Standpunkt der Commission in einigen Worten dargelegt und der Präsident die bis dahin eingegangenen Amendements zur Unterstützung gestellt hat, eröffnet die Discussion der

Abg. v. Wedert (Nordhausen): Mit Gefehen, wie dem von dem Abg. Reichenheim beantragten, werde man keine moralischen Eroberungen in Deutschland machen. Aber er meine: Neudeuteller, mach' mir nicht bange! (Seitertler). Die Commission selbst habe gefügt, daß die Regierung aus solchen Vorschläge nicht eingehen werde; sie hätte sich also die Arbeit ersparen können, die sie sich gemacht, wenn sie auch ihre Vorschläge nur in der Form des guten Rathes eingefekdet hätte. Was würde die Folge eines solchen Gefehes sein? Literaten, Advokaten, Doctoren ohne Praxis, Demagogen und sonstige hohle Köpfe würden sich in den Gewerbestand eindringen (Bo! zur Rechten), die jungen Leute auf die Barrikaden führen (Bo! und Gelächter rechts). Der Minister v. Stein selbst habe über das dem Handwerkerstande Nothwendige klar anders gedacht, ebenso habe der Ober-Präsident v. Vinde die Folgen sehr klar vorausgesehen und vorausgesezt, welche aus der Gewerbefreiheit entstehen müßten. (Folgen betr. Citate). Der Meßner schüßelt weiter die sehr traurigen Erscheinungen, die sich in der Provinz Sachsen unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit ausgebildet hätten. Was sei denn Ziel und Ende des vorliegenden Gefesentwurfs? Im § 83 das Recht der körperlichen Züchtigung für jeden Arbeitgeber. Das wüßten die Handwerker recht wohl, und darum würden sie mit der Regierung gegen das Gefes stimmen. (Bravo zur Linken.)

Abg. Müller (Demmin): Er könne sich mit den Ansichten des Vorredners nicht einverstanden erklären; ein Hauptargument der Gegner der Gewerbefreiheit sei stets die Behauptung, daß die Gewerbefreiheit in den dreißig Jahren ihres Bestehens die Probe nicht bestanden, sondern Mißstände herbeigeführt habe, welche zu den beschränkenden Gesetzgebungen von 1845 und 1849 hätten führen müssen. Man möge aber doch erst genauer prüfen, ob diese, allerdings nicht zu leugnenden Mißstände wirklich ihren Ursprung in der Gewerbefreiheit hätten und nicht aus anderen Ursachen herrührten. Die Handwerker hätten damals nicht die erforderliche technische Ausbildung besessen und deshalb nicht mit dem Fabrikbetrieb concurriren können, der sie ebenso verdrängt habe, wie die Eisenbahnen die Frachthülfe. Was die vermeintliche Uebermacht des Kapitals auf sich habe, sei durch die Krisis von 1857 klar geworden, und was den Mangel an Credit betreffe, so sei derselbe wohl Jedem zugänglich, der persönlich Vertrauen erwecke.

Hg. Grenzberger (bei der Unruhe im Hause schwer verständlich) bescheidet die herorgetretenen Mängel der Gewerbetreibe, unter welchen das Handwerk in die Hände ganz unfähiger Menschen, die nach einem oder zwei Jahren aus der Lehre gelaufen wären, gerathen sei. Man habe deshalb zu den Prüfungen greifen müssen, welche die Ehre des Handwerkerstandes widerhergestellt hätten, und in diesem Sinne von allen gebildeten Handwerks-Meistern aufgeführt würden. Die übrigen Bemerkungen des Vorredners über Kapital und Credit könne er aus seiner eigenen reichen Erfahrung widerlegen. (Der Schluß der Rede wird vollkommen unverständlich.)

Abg. v. Bardenheben empfiehlt ein von ihm und seinen Freunden gestelltes Amendement: Die Abgrenzung des Handwerkbetriebs, welche das Gesetz aufstelle, sei auch nach seiner Meinung unhaltbar; falls dieselbe aber, so habe auch eine Meisterprüfung keinen Werth mehr. Deshalb sei diese aufzugeben; auch sei sie von sehr geringem practischen Nutzen, vielmehr nur ausgiebiges Mittel zur Chitane gewesen. Dagegen seien die Bedingungen, welche § 35 des Gesetzes von 1849 für die Meisterprüfung aufstelle, freizubalten als Bedingungen für den selbständigen Gewerbebetrieb. Das freilich werde Sache der späteren Gesetzgebung sein; jetzt komme es nur darauf an, das Ueberflüssige, wie es in Abgrenzung der Handwerker und in der Meisterprüfung liege, zu beseitigen, und das wolle sein Amendement.

Dr. Hahn gegen die Resolutionen, aber vollkommen unverständlich. — Die Debatte wird darauf vertagt.

Abg. v. Łaskowski fragt bei der Unterrichts-Commission an, was aus der Petition, betreffend Beeinträchtigung der polnischen Interessen in Westpreußen, geworden sei?

Abg. v. Auerwald (Vorsitzender dieser Commission) antwortet, daß bis jetzt Arbeiten von mindestens gleichem Interesse vorgelegen hätten und daß die Thätigkeit der Budget-Commission theilweise in brennende Concurrenz getreten sei. Er verspricht schließlich, daß die Sache in den nächsten Tagen zur Berathung kommen werde.

Tagesordnung: Vereidigung neu eingetretener Mitglieder, Fortsetzung der heutigen Debatte, nachträglicher Bericht der Vergewerks-Commission über den Fehlschuss wegen Ermäßigung der Vergewerks-Abgaben (die Commission stimmt dem abweichenden Beschlusse des Herrenhauses zu, weil für die nächsten Jahre die Differenz irrelevant sei), und der 7. Bericht der Petitions-Commission.

In dem vierten Petitionsbericht der Unterrichts-Commission sind 39 Petitionen zusammenfassend besprochen, welche das zu erlassende Unterrichtsgesetz zum Gegenstande der Behandlung haben. Auf 11 Abg. Zettel. Die drei Fragen — Organisation der Schulen, ihre Dotation, und die der Pensionirung der Lehrer — sind ausführlich darin besprochen. Die Commission stellt nur den einen Antrag, sämtliche Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung bei dem nach Art. 25 der Verfassung zu erlassenden Unterrichtsgesetze zu überweisen. Nach Erklärung des Cultusministers wird an diesem Gesetze „mit der größten Anstrengung“ fortgearbeitet, und er darf hoffen, dasselbe in der nächsten Session in seinem ganzen Umfange vorlegen zu können.

K. C. 21. Sitzung des Herrenhauses am 6. Mai.

Präsident Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung des stark besetzten Hauses um 10½ Uhr mit Verlesung eines Schreibens des Deuth-Comité's, welches das Herrenhaus zu der am 13. Mai stattfindenden Enthüllung des Denkmals einladet, und schreitet demnachst zur Vereidigung zweier neuer Mitglieder, unter denen der Fürst Salm-Salm.

Es beginnt die Debatte über den § 4 des Gesetzentwurfs, die anderweitige Regelung der Grundsteuer betreffend.

Verdictskatter v. Kleist-Nehow hat gegen den Paragraphen kein Ver-
euten und will die Straufretheit der reichsunmittelbaren Fürsten und Gra-
fen aufrecht erhalten wissen, obwohl dieselben von ihrem Rechte, die Eige-
ntheit ihres Hauses einzunehmen, bisher wenig oder gar keinen Gebrauch gemacht
haben; das dürfte aber ihn und seine Partei, welche stets für das positive
Recht der hohen Herren eingetreten sei, nicht abhalten, zu ihren Gunsten zu
stimmen.

Finanzminister v. Batow: Ich bin mit dem Herrn Referenten ganz darin einverstanden, daß es sich hier nicht um politische Rücksichten handelt, sondern nur um das positive, durch die Bundesacte festgestellte Recht der Reichsanhaltischen.

Herr v. Baldow: Steinhövel: Man hat geglaubt, daß die Privilegien der hohen Herren durch die Verfassung aufgehoben seien, und war so lange ihrer Ansicht, bis die Rabinetsordre vom 10. Juni 1854 denselben ihr Recht wiedergab. Daß dieses möglich ward, haben dieselben hauptsächlich dem Votum des Herrenhauses zu danken, und zwar der Partei, welche jetzt gegen die Grundsteuervorlagen stimmt. Die hohen Herren haben erst seit dieser Ordre es für angemessen und möglich gehalten, ihre Plätze einzunehmen; wir haben sie schmerzlich vermißt, sehen sie aber heut zahlreich vertreten. Wie die Herren stimmen werden, können wir nicht wissen; stimmen sie für die Vorlagen, so mögen sie nicht vergessen, daß sie für Aufhebung der Rechte erriethen agiren, welche mit Aufopferung für Erhaltung der übrigen eingebracht sind, und deren Rechte eben so heilig sind, als ihre eigenen. Sie mögen auch bedenken, daß sie mit einem Votum, durch welches sie eine neue

Last auf den ärmsten Bürger werfen, gleichzeitig ihre eigene Steuerfreiheit befestigen. Ich werde nicht für die Aufhebung ihrer Privilegien stimmen, denn ich achte fremde Rechte hoch, auch wenn die meinigen getreten werden. Statistisch aber will ich noch bemerken, daß die Grundsteuer-Regulierung, deren Annahme wir jetzt nicht mehr bezweifeln können, von solchen durchgebracht wird, welche entweder von der Steuer nicht betroffen werden, oder von solchen, welche beiseite liegen, den Ertrag derselben verzehren zu helfen.

Präsident: Der Redner hat den Ausdruck „getreten“ gebraucht. Ich muß denselben bei Maßnahmen, welche von der Majorität dieses Hauses beschlossen sind, als unparlamentarisch rügen.

Herr v. Soltz: Ich will den Einverständnis mit Herrn von Waldow werde ich auch für die Steuerfreiheit der reichsunmittelbaren Herren stimmen.

Herr v. Duesberg (ganz unverständlich) deducirt das durch Bundesakte festgestellte Recht der Herren auf die Befreiung von der Grundsteuer.

Fürst v. Solms-Lyck (thatsächlich): Wenn ich, um auf die Bemerkungen des Herrn v. Waldow zurückzukommen, bisher den Sitzungen dieses Hauses nicht beigewohnt habe, so hatte dies einfach seinen Grund darin, daß ich in einem deutschen Nachbarstaate ähnliche Pflichten zu erfüllen hatte, welche mich von hier fern hielten. Ich habe, so oft die jetzt debattirte Sache hier zur Sprache kam, das Resultat der Abstimmung lebhaft beobachtet; als ich aber vor wenig Wochen vernahm, daß diesmal die Regierungsvorlagen mit sehr geringer Majorität durchgehen würden, wollte ich nicht die Verantwortung übernehmen, durch mein Ausbleiben die eine Stimme, welche die Annahme herbeigeführt hätte, fehlen zu lassen, und darum bin ich hier.

Im Uebrigen hätte Herr v. Waldow sich doch erst erkundigen mögen, dann hätte er erfahren, daß seitens der reichsunmittelbaren Herren selbst Schritte geschehen sind, welche in ganz nächster Zeit dieselben in steuerlicher Beziehung jedem andern Staatsbürger gleichstellen, indem sie die bisherige Steuerfreiheit derselben aufheben (lautes Bravo zur Linken und im Centrum).

Herr v. Kleist-Rekow: Er habe durchaus keine Motive unterlegen wollen. Für die Steuerfreiheit der Reichsunmittelbaren sei schon die Instruktion vom 30. Mai 1820 maßgebend.

Der Finanzminister: Das bestehende Bundesrecht sei jünger, als diese Instruktion.

§ 4 wird darauf nach den Beschlüssen des Abg.-Hauses angenommen. Zu § 5 wird das Amendement Camphausen, welches die Reg.-Vorlage wieder herstellt, indem es den Termin des 1. Januar 1865 auch hier einschaltet, welchen die Commission gestrichen haben wollte, angenommen.

Bei § 6 hat die Commission Streichung des 2. Absatzes der Regierungsvorlage beantragt, welches die Ausführungskosten mit Ausschluß derjenigen Beträge, welche davon auf die westlichen Provinzen treffen, von den sechs östlichen Provinzen aufgebracht wissen will. Ein Amend. Camphausens will die Regierungsvorlage wieder herstellen.

Der Berichterstatter resumirt kurz die Motive der Commission und befürwortet dringend die Ablehnung dieses Amendements.

Herr v. Meding (unter großer Unruhe des Hauses): Es handle sich um eine materielle Ungerechtigkeit. Die Kosten der Ausführung sollten in den östlichen Provinzen den Grundeigentümern, die ohnedies von der neuen Steuer hart betroffen würden, auferlegt werden; dies sei bei keiner anderen Steuer der Fall, weder bei der Gewerbe-, noch bei der Gebäude- und Einkommensteuer. Der Staat trage stets die Kosten. Allerdings sei es im ständischen Staate auch früher vorgekommen, daß die Ausführungskosten von den Ständen mit dem Landesherren vereinbarten Steuern von den Besteuernden getragen seien; dies sei aber nur geschehen, weil die Stände selbst Antheilsberechtigten an den Steuern gewesen seien. Im modernen Staat sei das anders; da habe der Staat allein den Nutzen von den den Unterthanen auferlegten neuen Steuern; er allein habe also auch ein wesentliches Interesse und müsse die Kosten der Veranlagung um des Princips der Billigkeit willen tragen. Sollte wirklich die Aufbringung der Kosten den Grundeigentümern der östlichen Provinzen auferlegt werden, so würde das Gesetz dort in der That als ein „vae victis“ treffen. Er bitte um Streichung des Al. 2 in dem § 6 der Reg.-Vorlage nach den Anträgen der Commission.

Herr v. Duesberg und Herr v. Zander (schwer verständlich) vertheidigen das Camphausensche Amendement.

Herr Hassebach: Er werde auf den Angriff des Herrn v. Waldow, daß ihn die neue Steuer mit keinem Scherz treffe, und es leid sei, aus anderer Leute Taschen Steuern zu bewilligen, bei der Generaldiskussion über die Gebäudesteuer ausführlich antworten. — Zur Sache bemerke er, daß die von der Regierungsvorlage gemachte Trennung zwischen den westlichen und östlichen Provinzen vollkommen gerechtfertigt sei und sogar allein möglich, um das Interesse der Billigkeit zu wahren. Die Kosten der Veranlagung seien bereits von den westlichen Provinzen, in welchen die Grundsteuer ausgeführt, hinlänglich aufgebracht. Allerdings sei der Parzellen-Kataster ihnen von bedeutendem Nutzen gewesen, ein solcher werde aber auch den östlichen Provinzen aus den Veranlagungen erwachsen. Es wäre endlich auch unbillig, die westlichen Provinzen nicht bloß zur Entschädigung, sondern auch zu den Erhebungskosten heranzuziehen.

Finanzminister v. Patow: Wenn in allen Provinzen gleiche Verhältnisse in Bezug auf die zu erhebende neue Steuer herrschen, würde ich denjenigen nicht Unrecht geben, die eine gleichmäßige Verteilung der Ausführungskosten verlangen. In den beiden großen Gruppen, aus denen unsere Monarchie besteht, walten indes in Bezug auf die Entscheidungsart der Grundsteuer sehr verschiedene Verhältnisse ob. Die in den westl. Provinzen bereits vorhandenen Materialien haben für die bevorstehende Veranlagung einen weit höheren Werth, welche die Kosten ohnedies schon geringer machen; an und für sich schon muß diese factische Verschiedenheit berücksichtigt werden. Die Steuerpflichtigen haben in den westlichen Provinzen die Erhebungskosten bereits als Provinziallast aufgebracht, und es würde dem Prinzip der Gerechtigkeit widersprechen, sie nochmals zu den Kosten heranzuziehen. Die von Hrn. v. Me-

ding behauptete Analogie mit anderen Steuern trifft in keiner Weise zu. Weder bei der Gewerbesteuer, noch bei der Einkommensteuer u. s. w. erwachsen den Besteuernden aus den Veranlagungen der Steuer irgend welche Vortheile; sie brauchen also auch nicht die Kosten zu tragen. Anders bei der Grundsteuer, wo die Veranlagung der Steuerpflichtigen sehr erhebliche Vortheile verschafft, weshalb denn auch überall die Kosten von ihnen getragen worden sind. Der Art und Weise, in welcher die Kosten erhoben werden sollen, wird übrigens durch die Reg.-Vorlagen nicht präjudicirt; es würde der Regierung immer anheim gestellt bleiben, die Kosten durch einen mäßigen Zuschlag zur Grundsteuer zu decken, oder falls es die finanziellen Verhältnisse gestatten sollten, gar einen Erlaß in der Grundsteuer auf einige Jahre eintreten zu lassen. Es würden dann ohne die Gerechtigkeit, die man den westlichen Provinzen schuldig, zu verletzen, doch die Kosten vom Staat getragen werden. Ich glaube das sogar bestimmt in Aussicht stellen zu können, wenn die Gebäudesteuer mehr, als die Regierung veranschlagt hat, tragen sollte. Es würde dann aber die ganze Sache zu aller Zufriedenheit erledigt sein. Die Bestimmungen der Reg.-Vorlage bezwecken nur, eine Sonderung zwischen den westl. und östl. Provinzen eintreten zu lassen, um Ungerechtigkeiten vorzubeugen. Eine solche Feststellung ist unerlässlich und darf nicht der Zukunft vorbehalten bleiben, da die westlichen Provinzen schon jetzt eine Garantie verlangen können.

Während der Rede des Herrn v. Patow haben der Fürst v. Hohenzollern, Graf Bülcher, v. Bernuth, Graf Schwerin am Ministerische Platz genommen; in der Hofloge erscheint Feldmarschall v. Wrangel.

Herr v. Meding: Die Argumente des Herrn Finanzministers sprächen vielmehr für den Antrag der Commission. Wenn die Sache so liege, daß der Entscheidung nicht präjudicirt werden solle, dann erweise die Bestimmung der Reg.-Vorlage lediglich als eine Connivenz gegen die westlichen Provinzen, um das Zustandekommen des Gesetzes herbeizuführen. Der Minister solle aber nicht bloß auf die Stimmen aus den westl. Provinzen, sondern auch auf die aus den östl. Provinzen hören.

Finanzminister v. Patow: Die Bestimmung der Reg.-Vorlage sei nicht aus Connivenz gegen die westlichen Provinzen hervorgegangen, sondern sei vielmehr eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit. Wenn er darauf hingewiesen, daß die Sache sich möglicher Weise anders ordnen ließe, so rechtfertige das doch nicht den Antrag der Commission, denn es sei danach gar nicht abzusehen, wenn ein Gesetz über die Erhebung der Kosten zu Stande kommen würde. Die westl. Provinzen aber seien berechtigt, schon jetzt eine Garantie zu fordern.

Herr v. Kleist-Rekow als Berichterstatter: Es handle sich hier nicht mehr um das Zustandekommen des Gesetzes, sondern um einen Nebenpunkt, der allerdings geeignet sei, die allerschwerste Erbitterung und Zwiespalt im Lande hervorzurufen. Für den vom Minister in Aussicht gestellten Steuer-Erlaß sei durchaus keine Garantie vorhanden. Die Maßregel, daß die Besteuernden die zur Besteuerung notwendigen Kosten tragen sollten, sei eine ursprünglich französische, und demgemäß auch mit der französischen Härte behaftet. Man solle die neue Steuer in die östl. Provinzen doch nicht gleich mit dem Stempel ihres Ursprungs versehen, einführen. Die Kosten seien in den Motiven allerdings nur auf 3 Mill. angegeben. Inzwischen sei schon der Specialkatalog in Aussicht gestellt, und dann würden sich die Kosten vielleicht auf 12 Mill. stellen. Es würden sich also die schlimmsten Zuschläge-Prozente herausstellen. Die Bestimmung sei aber auch gegen den Art. 101 der Verf., denn während bei keiner anderen Steuer die Erhebungskosten von den Besteuernden getragen werden, solle dies hier der Fall sein.

Finanzminister: Die Behauptung des Referenten möge richtig sein, daß zum erstenmal der Grundsatze zur Geltung komme, daß die Besteuernden die Ausführungskosten tragen sollten; das komme aber daher, weil zum erstenmal die Grundsteuer allgemein eingeführt werde. In früherer Zeit seien auch stets die Kosten der Veranlagungen von den Grundsteuerpflichtigen aufgebracht worden.

Das Camphausensche Amendement wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 104 gegen 90 Stimmen angenommen. (Unter den dagegen Stimmenden sind nur hervorzuheben Herr Fabricius und Herr Homeyer.)

§ 10 handelt von dem Uebergang steuerfreier Grundstücke in die Klasse der Steuerpflichtigen, und umgekehrt, und wird von der Commission in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverändert zur Annahme empfohlen. Der § wird ohne Diskussion angenommen.

§ 11 bestimmt, daß „vom 1. Januar 1865“ alle entgegenstehenden Vorschriften außer Kraft treten sollen. Die Commission will statt dieser Worte setzen: „Mit dem Tage, von welchem ab die neu festgestellten Grundsteuern in Hebung gesetzt werden.“ Das Amendement Camphausen beantragt Wiederherstellung der Vorlage. Graf Hoyerden spricht unter Unruhe des Hauses, daß sich nach der vorigen Abstimmung schnell geleert hat. Der Präsident unterbricht den Vortrag, aus dem nur einzelne Worte, wie „Gewaltthaten“, „das Gesetz ist uns als Räthsel der Sphinx vorgelegt“ vernehmbar sind, mit der Bemerkung: der Redner geht in die Generaldiskussion zurück.

Graf Hoyerden (nach einigem Besinnen): Eine schlimme Geschichte! (Heiterkeit.) Nur noch eine Schlussbemerkung. Die Majorität hat die Vorlage der Regierung angenommen, ohne Reflexion. (Lebhafter Unwillen links und im Centrum. Man sieht den Fürsten Solms-Lyck dem Redner Handbewegungen machen, daß er aufhören möge.)

Präsident: Ich muß dem Herrn Redner sagen, daß er total unparlamentarisch gesprochen hat, indem er der Majorität Intentionen unterlegt, die sie nicht gehabt hat. Ich rufe ihn zur Ordnung.

Graf Hoyerden: Ich habe gesagt, die Majorität habe durch „Reflexion“ mit Loyalität zugestimmt. — Nur noch eine Schlussbemerkung. ... Der Präsident unterbricht den Redner abermals, da derselbe wieder in die allgemeine Diskussion zurückfällt.

Graf Hoyerden: Ich muß nun wohl den § 11 und die Tribüne ver-

lassen. (Heiterkeit.) Nur noch eine Schlussbemerkung. (Erneute Heiterkeit.) Ich fürchte, die Besorgnisse werden sich bald erfüllen, in dieser ominösen Zeit, wo die Regierungen so gern ihre Erfahrungen machen, die Befürchtung: Zu spät!

§ 11 wird angenommen, eben so § 12, welcher den Finanzminister zur Ausführung des Gesetzes ermächtigt.

Die Eingangsformel in der Fassung der Vorlage und des Abgeordnetenhauses enthält eine Bezugnahme auf die in der älteren Gesetzgebung (von 1810 bis 1850) enthaltenen Verheißungen der Grundsteuer-Regulierung und Aufhebung der Befreiungen. Die Commission beantragt Streichung, Camphausen (Berlin) Wiederherstellung dieser bezugnehmenden Worte. Es sei zu bemerken, daß der letzte genannte Antragsteller, in dem Gesetze selber es auszusprechen, daß dem Zwiespalt endlich ein Ende gemacht sei, und die älteren Zusicherungen ihren Abschluß erreicht hätten.

Der Regierungs-Commissionar schießt sich dem an mit dem Hinweis, es würde durch die Eingangsformel zugleich angedeutet, daß die Wiederkehr der jetzt zu beseitigenden Zustände abgelehnt sei.

Das Camphausensche Amendement wird angenommen. Einige auf das Gesetz bezügliche Petitionen sind durch die beendete Diskussion erledigt.

Graf Stolberg übernimmt das Präsidium.

Folgt die Beratung des „Entwurfs einer Anweisung für das Verfahren bei Ermittlung des Reinertrages der Liegenschaften behufs anderweiter Regelung der Grundsteuer.“ Es liegt auch hier eine Reihe von Amendements der Herren Camphausen (Berlin), Fürst Hohenlohe, Hassebach und Herzog von Ratibor vor, welche in denjenigen Fällen, wo die Commission wesentliche Abänderungen vorschlägt, die Wiederherstellung der Fassung des Abgeordnetenhauses beantragen. Die §§ 1—13 werden ohne Diskussion angenommen. Nach § 14 ist die Veranlagungs-Commission zur Hälfte von der „Kreisvertretung“, zur Hälfte vom Bezirkscommissar zu wählen. Die Commission schlägt statt „Kreisvertretung“ vor: „kreisständische Versammlung.“

Der Regierungscommissar Geh. Rath Meinde findet keinen sachlichen Unterschied zwischen beiden Ausdrücken, empfiehlt aber zur Vermeidung von Zweifeln den Ausdruck „Kreisvertretung.“ Die Herren Hering und Brüggemann sind gleicher Ansicht. Die Herren v. Meding und Waldow: Steinhövel befürworten die Aenderung der Commission; der letztere findet in dem Ausdruck der Regierungs-Vorlage ein Reiz für Annahme derjenigen Vorlage wegen Aenderung der Kreisordnung, welcher das Haus leider nicht entgegen werde; es werde sich dann darum handeln, das Recht der Rittergutsbesitzer, auf den Landtagen zu erscheinen, aufzuheben. — Der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten weist darauf hin, daß ein ähnlicher Ausdruck bei dem Klassensteuergesetz gebraucht sei. — Hr. v. Kleist-Rekow entgegnet, daß die Emanation jenes Gesetzes unter andern Verhältnissen vor sich gegangen sei. Bei der Abstimmung über das Amendement ist das Resultat durch Ausbleiben und Stillschweigen zweifelhaft. Die in Folge dessen vorgenommene namentliche Abstimmung ergibt die Ablehnung des Amendements und somit die Annahme des Commissionsvorschlages mit 95 gegen 92 Stimmen.

Die §§ 15 bis 25 werden ohne Diskussion angenommen. Eingefolgt wird die Diskussion der „allgemeinen Grundzüge bei Abschätzung des Reinertrages der Liegenschaften.“ § 8 dieser allgemeinen Grundzüge bezieht sich auf die Einschätzung der Holzungen. Die Commission entwirft sich hier wesentlich von der Fassung der Vorlage. Aus der Diskussion ist hervorzuheben, daß Hr. Richtsteig, gestützt auf praktische Erfahrungen, im Interesse einer gerechten und genauen Einschätzung das zu diesem § gestellte Amendement Camphausen empfiehlt; Hr. v. Keller befürwortet den Antrag der Commission, weil das von ihr vorgeschlagene Verfahren ein billiges sei. Der Finanzminister vertheidigt ebenfalls das Amendement, welches angenommen wird; ein Unter-Amendement des Hrn. v. Kleist-Rekow, daß bei Feststellung der Tarifätze neben den Kosten der Verwaltung u. auch die Zinsen des Normalholzcapitals in Abzug kommen sollen, wird abgelehnt.

Die übrigen Bestimmungen der „allgemeinen Grundzüge“ werden ohne Diskussion (bei § 9 mit einem Amendement Camphausen) angenommen.

Der Präsident verläßt um 3¼ Uhr die Diskussion auf morgen 10 Uhr. (S. die untenstehende Depesche.)

✓ Berlin, 5. Mai. [Die Abstimmung im Herrenhause. — Die Einzelhaft. — Literarisches.] In Folge der gestrigen Abstimmung im Herrenhause ist Graf Redern, der mit der Mehrheit stimmte, aus den Listen der Fraction Stahl ausgeschlossen worden. Sehr viele Herren, die sonst niemals im Hause erschienen, waren gestern anwesend, darunter der Herzog von Arenberg-Egine, Fürst Salm-Reiferscheid u. A. Der alte Graf v. d. Groeben-Neudörfchen beharrte bei den Fahren der Opposition aus und legte, um seine Unabhängigkeit zu bewahren, seine sämtlichen Aemter und Würden nieder und verzichtete sogar auf seine Pension. — Andere Ultra's, wie z. B. Herr

*) Die „Berl. Montags-Ztg.“ theilt darüber Folgendes mit: „Im Herrenhause herrschte in den letzten Tagen geschäftige Bewegung, ja am Sonnabend, dem Tage der Abstimmung, gewaltige Aufregung, deren Grund folgender Vorfall bildete. Der alte General v. d. Groeben-Neudörfchen gehörte zu den vielen Mitgliedern des Hauses, welche aus weiter Ferne herbeigekommen waren, um sich zustimmend oder ablehnend bei den Debatten über die Grundsteuer und deren Ausgang zu betheiligen. Der Graf stellte sich als General-Adjutant des Königs dem Monarchen vor und soll demselben auf Befragen geäußert haben, daß er gegen die Vorlage zu stimmen gekommen sei. Dies soll nun zu einer besonders lebhaften Erörterung geführt haben, bei welcher auch die militärische Stellung des Generals berührt wurde. Der General erschien nicht im Plenum des

≡ Breslau, 7. Mai. [Theater.] Zum ersten Debit des für die hiesige Bühne neu gewonnenen Tenoristen, Herrn Colomann Schmid aus Stettin, und zur Vorführung einer jugendlichen Gastsängerin aus Leipzig, Frä. Louise Nachtigal, ging gestern Halévy's „Jüdin“ wieder einmal über unsere Bretter. Der Cleasfar des Hrn. Schmid ist von seinem früheren Gastspiel her bekannt, und wir haben unserer damaligen Bepfehlung dieser Leistung nur die Wiederholung hinzuzufügen, daß der stimmbegabte Sänger sich vor Allem einer deutlichen Vortragsweise noch befleißigen möge, ohne die dem dramatischen Gesange, zu welchem er sonst die besten Anlagen mitbringt, doch stets die rechte Wirkung abgeben wird. Auch fast Herr Schmid den starren Cleasfar zu wenig jüdisch-charakteristisch, wohl auch etwas zu jugendlich auf; seine Darstellung, wie äußerlich gewandt sie auch immer sein möge, trifft mithin den eigentlichen Kern der Rolle nicht und läßt deshalb im Ganzen ziemlich kalt. Wir hoffen, dem Künstler bald in weniger outrirten Gestalten zu begegnen, um ihn auch von rein gesanglicher Seite aus näher würdigen zu können, wozu der leidenschaftlich deklamatorische Pathos der modernen französischen Prunkoper und ihrer zartesten, nur noch melodischeren Zwillingschwester, der Wagner'schen Recitativo-Büffnet, kaum je einen schicklichen Anlaß bietet. Im Uebrigen heißen wir Hrn. Schmid bestens willkommen und leben der Zuversicht, daß das Personal unserer Oper durch seinen Eintritt nicht unwesentlich gewinnen werde.

Frä. Nachtigal besitzt eine schöne, ausgiebige und umfangreiche, namentlich in der Höhe ausnehmend leicht ansprechende, mehr helltönende, als breit voluminöse Sopranstimme, deren durchaus natürliche und schulgerechte Ausbildung gleich beim ersten Ton für die jugendliche Künstlerin einnimmt. — Es macht sich bei ihr weder ein irgend plummes Forciren, noch ein kränkliches Tremoliren, weder ein Wollen, dem das Können gebriht, noch ein Können, welches böswillig nur auf den Beifall eines rohen Geschmacks spekulirt, bemerkbar; frei, frisch und einfach strömen die Töne dahin, wie die Natur sie den Völkern in den Mund gelegt hat, die nicht das Unglück haben, zuerst eine an und für sich ungeschickliche Sprache, wie z. B. die deutsche, lernen zu müssen. Die Basis also alles guten und edlen Gesanges, eine richtige Tonbildung bei schönen physischen Mitteln, kann dem Fräulein unbedingt zugesprochen werden, und nur darüber sind wir noch einigermaßen im Zweifel, wie weit die Künstlerin auch in allem Demjenigen, was man die ästhetische Cultur des Gesanges nennt, und in der dramatischen Gestaltungsfähigkeit vorgeschritten ist. Die Textsprache war klar und gut und verband sich dieselbe mit der glückseligen Intonation zu

einem wohlthuenden Ganzen; auch gegen die Regeln des Athemholens kam kein Verstoß vor, und die wenigen Coloraturen, welche die Partie der Recha enthält, wurden sämtlich, mit Ausnahme vielleicht einer einzigen im Finale des 1. Actes, geläufig und korrekt vorgetragen; die empfindungsvolle und wegen des engen Rahmens, in den dieses delicate lyrische Tonbildchen hineingedrängt ist, sowie wegen seines absonderlich zarten Colorits nicht eben leichte Romanze (Nr. 10) des zweiten Aufzuges sehr einfach und ansprechend wiedergegeben. Nur die mächtigen Züge der Leidenschaft, die hinreißende Gluth der Darstellung und die eigentlich tragischen Accente, welche die Rolle verlangt, wurden vermist, und Frä. Nachtigal muß sich in dieser Beziehung mit dem bloß negativen Lobe begnügen, eben nichts Unpassendes, Manierirtes, oder Widernatürliches geboten zu haben. — Es wäre gewiß ein großes Glück, wenn das Theater seinen Jüngern Zeit ließe, erst allmählich mit der reiferen Lebenserfahrung in der gleichen, auf den Stelzen des Affektes gehende Charaktere hineinzuwachsen, wenn so jugendlichen Darstellerinnen die gefahrvolle Pfefferbüchse der pariser grand opéra so lange als möglich verschlossen bleiben könnte. Da wir aber nun einmal in einer Siebenmeilenstiefel-Zeit leben, wo das ruhige „Abwarten“ in allen Dingen fast zur Unmöglichkeit geworden, und wo man immer nur nach Minerven verlangt, die gleich vollständig gewappnet auf die Welt kommen: so dürfen wir uns nicht darüber wundern, wenn — sie selten kommen. Uns aber wird, trotz alledem, das Schiller'sche Paradoxon: „Das Genie ist der Fleiß“ stets ein besserer Rathgeber dünken, als die gesammten Schnellgeburts-Theorien der oberflächlichen Gegenwart. Unsere Künstlerin hat bereits recht Solides gelernt; suche sie denn, was ihr noch fehlt, auf dem freilich nicht all zu schnellen Wege eines emsigen Fortstudiums allmählich zu erreichen. Ihre äußerliche Erscheinung ist ansprechend. — Frä. Nachtigal und Herr Schmid fanden öftern Beifall, wurden zweimal gerufen und können sonach mit ihrer Aufnahme wohl zufrieden sein, wenn dieselbe auch keine enthusiastische war. Der Rest der Darstellung ist bekannt; Herr Prawit war sehr gut bei Stimme, Frä. Gerike bei ihrem ersten Auftreten recht grazios. Ueber die Vermehrung des Chors und die zweckmäßige Beleuchtung der 9. Scene des 2. Actes haben wir uns gefreut.

Breslau, 7. Mai. [Musik.] Gestern Abend veranstaltete die Sing-Akademie unter Leitung des Hrn. Musikdirektor Julius Schäffer in der Aula Leopoldina eine große, leider nicht sehr zahlreich besuchte Aufführung, welche allen denen, die von der Tonkunst etwas mehr verlangen als bequeme

Unterhaltung und gedankenlosen Zeitvertreib, eine Fülle des Gausels, der Anregung und Belehrung bieten mußte.

An der Spitze des Programms stand der 42. Psalm von Palestrina, ein ganz in dem transcendentes Geist und den streng ästhetischen Formen der altromischen Schule gehaltenes Werk von beinahe über Erhabenheit, dessen Inhalt uns nur unter angepanntester Mittheiligkeit unserer Phantasie und Reflexion erschließen wird. Fremd und geheimnißvoll klingen die Töne einer längst untergegangenen Gefühlswelt in die Musik unserer Tage hinein, aber sie gewinnen Leben und tiefe Bedeutung, wenn wir unser Gemüth lässlich zurückstimmen zu jener Einfachheit, welche die Schöpfungen des sechszehnten und siebzehnten Jahrhunderts charakterisirt, wenn wir uns andererseits den idealen und realen Hintergrund hinabdenken, die weiten Dimensionen einer ästhetischen Kapelle, das Mysticism des katholischen Gottesdienstes und die bewundernde Pracht, den sinnlichen Pomp des Kultus, für den diese langsam und feierlich anschwellenden und verhallenden Harmonien ursprünglich erfunden wurden. Der Vortrag der genannten Motette zeichnete sich durch musterhafte Disciplin in allem Technischen und durch edlen Wohlklang aus, wie denn auch mit Beifall anerkannt werden muß, daß eingetragenen von jener subtilen Behandlung des Piano und Forte abgewichen wurde, welche zuweilen in den Vorträgen a capella ein nicht berechtigtes Uebergewicht gewonnen hatten. — Derartige, auf die rein sinnliche Wirkung berechnete, Rostkettchen sind virtuose Reizmittel, die mit der Würde und Reinheit des Kirchenstils nicht gut in Einklang zu bringen sind.

Sehr vortheilhaft gelang auch der darauf folgende 100. Psalm von Handel, eine Gelegenheitscomposition, reich an überaus schönen und fesselnden Einzelheiten, die richtig erfasst, von überwältigender Wirkung sind. Unstreitig die schönste Gabe des Abends war jedoch Seb. Bach's Cantate: „Ich hatte viel Bekümmerniß“, die zum erstenmale hier aufgeführt wurde und den genialsten Schöpfungen des Meisters sich ebenbürtig anreicht. Verglichen mit dem wellenartig auf- und niederwogenden Fluß der altitalienischen Kirchenmusik ist hier die Form unendlich härter, die Rhythmen sind von einer unaufhaltsam vordringenden Gewalt, die Harmonien weit reicher an Dissonanzen, die Melodien scharf gegliedert — es werden nicht ganz allgemeine religiöse Stimmungen und Anschauungen zur Darstellung gebracht, sondern Bach stellt sich überall die Aufgabe, den Sinn des Textes in allen einzelnen Beziehungen mit den Mitteln seiner Kunst wiederzugeben, ihn von Wort zu Wort zu deuten, ihm kommt es in erster Reihe auf den charakteristischen Ausdruck an. In dieser Beziehung bemerkt Mosewius sehr treffend:

„Bach läßt uns nicht allein die Regungen des religiösen Gemüthes erkennen, mit ihnen macht er uns auch die Veranlassung dazu anschaulich; er zeichnet alle Zustände, innere und äußere, mit minutiöser Beachtung auch der kleinsten Merkmale, wie sie sich seinem Scharfblick aus den vorliegenden Textworten ergeben; er sucht sie nicht hervor, sie bringen sich ihm auf, seiner Ausgelehntheit wie natürlich entgegenströmend. Er legt nicht allein Befriedigung, Freude, Borne und Jubel, Sehnsucht und Wehmuth, Traurigkeit und Schmerz in den Charakter seiner Töne, er malt sie auch im Einzelnen aus. Jedes Wort belebt und bezeichnet sein musikalischer Ausdruck. Bach durchzieht in seinen Gesängen mit uns die ganze Welt, lebt alle Zustände und Verhältnisse mit uns durch und begleitet uns bis an den Rand unseres offen-

v. d. Brinken, haben ihren Frieden mit dem Hofe gemacht. Die plötzliche Besserung des Grafen Armin-Voggenburg giebt hier zu allen möglichen Kommentaren Veranlassung. Man weiß, daß dem edlen Grafen jüngst bei einer öffentlichen Gelegenheit von einer hohen Person sehr kalt begegnet wurde, und als der edle Graf in einem Briefe seine Loyalität versichert, von derselben hohen Person in dem Antwortschreiben auf des Grafen systematische Opposition hingewiesen wurde. Der Führer der Opposition beschloß demnach, sich bei der Abstimmung über die Grundsteuer fern zu halten. Es scheint nun, daß eine Augenentzündung so freundlich gewesen ist, ihm dafür den plausiblen Vorwand zu liefern. — Die preussische Gerichtszeitung kommt heute nochmals auf die treffliche Arbeit des Professors Holzendorff über die Einzelhaft zurück. Das Organ des deutschen Juristentages äußert sich also über diese brennende Frage: Treffend bemerkt Dr. v. Holzendorff Seite 19: „Das Prinzip der preussischen Zuchthausstrafe ist dasjenige der Generalisirung der Form des Arbeitszwanges; das Prinzip der Gefängnisstrafe ist das System der Individualisirung der Arbeitsleistungen mit Rücksicht auf die Person der Gefangenen. Was geschieht nun in der Einzelhaft in dem Zuchthause zu Moskau? Auf jeder Seite der Denkschrift ist es zu lesen: Sie individualisiert den Arbeitszwang.“ Nicht minder stimmen wir dem Herrn Verfasser darin bei, daß, wenn die Regierung lebhaft auf administrativem Wege die Gemeinamkeit der Zuchthausstrafe in Einzelhaft verwandeln könnte, sie eben so gut auf bloß administrativem Wege aus der Zuchthausstrafe eine Deportationsstrafe zu machen vermöchte. Wahrlich! Wenn die hundert Juristen unseres Abgeordnetenhauses, eintausend „staatsmännischen“ für „juristischen“ Sinn, den letzteren nicht vollständig vorausgibt haben, dürfte wenigstens ihnen die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Einzelhaftfrage einleuchten. — Von einem sehr freisinnigen Mitgliede des Herrenhauses ist eine als Manuscript gedruckte Broschüre: „Drei Dichter-Standbilder in Berlin“, ein Wort zur Einigung — erschienen. Der Autor verweist auf die großen Verdienste Lessing's um die deutsche Literatur und Gesittung, und führt in seinem kleinen, aber lebhaften Schriftchen den Gedanken durch, daß Schiller, Lessing und Göthe eine Trias von Denkmälern vor unserem Schauspielhause bilden müßten. „Daher also, daß das Standbild Schiller's auf dem Vorplatz des Schauspielhauses die Stelle unverändert behalte, die ihm dort in Mitte der Freitreppe am 10. November 1859 zugewiesen worden ist, und daß sich ihm auf demselben Platze das Standbild Göthe's anschleße, darum werde dort neben dem Standbild Schiller's nicht bloß das Standbild Göthe's, sondern auch das Standbild Lessing's aufgerichtet, werde Schiller's Standbild, als der bleibende Mittelpunkt einer herrlichen Dreizahl, dort von den Standbildern Göthe's und Lessing's beiderseitig eingeschlossen.“ Das Schriftchen hat höheren Orts, so viel wir hören, eine recht beifällige Aufnahme gefunden. — Vom genialen Ferdinand Lassalle ist ein neues Werk: „Das System der erworbenen Rechte“, eine Verhöhnung des positiven Rechtes und der Rechtsphilosophie. 2 Theile, Leipzig bei Brockhaus 1861, das sowohl in juristischen, wie in philosophischen Kreisen enormes Aufsehen macht.

Berlin, 6. Mai. [Die Untersuchung gegen Papke.] — Die Pässe aus dem Königreich Italien.] In Beziehung auf die Polizeifrage erwartet man eine weitere Mittheilung in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung. Die „Preuß. Zig.“ meldet offiziell: „Gegen den Polizei-Direktor Papke ist von Seiten des hiesigen Stadtgerichts am vergangenen Donnerstag auf Grund des § 323 des Strafgesetzbuches die gerichtliche Voruntersuchung beschlossen. In Folge dessen hat der Polizei-Präsident v. Zedlig bei dem Minister des Innern den Antrag gestellt, daß Papke auf Grund des § 50 des Disziplinargesetzes seines Amtes vorläufig entbunden werde. Diese Suspendirung vom Amte hat gestern stattgefunden.“ Nach einem Gerüchte hat Hr. Papke Berlin verlassen, und soll sich nach Kopenhagen begeben haben. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat den diesseitigen Gesandten in Turin ermächtigt, den heimathlichen Pässen von Angehörigen aller derjenigen Landesheile, welche zur Zeit thatsächlich unter der Herrschaft des Königs Victor Emanuel stehen, das gesandtschaftliche Visa zur Reise nach Preußen auch dann zu er-

herrenhausen, sondern ist in Folge der Unterredung mit dem Könige sofort abgereist, wie es hieß, nachdem er zuvor seinen Abschied mit Verzichtleistung auf Pension u. c. genommen. Diese Angaben, die wir so mittheilen, wie sie kursorisch, ohne die Einzelheiten verbürgen zu wollen, hatten einen solchen Eindruck auf die Mittelpartei gemacht, daß das nunmehr erfolgte bejahende Votum für die wesentlichsten Bestimmungen der Vorlage mindestens zweifelhaft war.“

stehenden Grabes, welches er uns in freudiger Hoffnung und Erwartung eines künftigen, seligen und verklärten Lebens zeigt.“ Wer dies Wort gehört hat, muß die darin herrschende Kunst eben so bewundern, als er von der Innigkeit des Gefühls aufs tiefste ergriffen sein wird. Will stets neuer Liebe und staunender Begeisterung verweisen wir uns in dies mit Meisterhand gefügte polyphonische Gewebe, das ein endloses Ringen und Kämpfen des von Noth und Zweifel aller Art bedrängten Herzens in Klang und Ton zur Darstellung bringt. Was ergeht sich hier in den erdentlichsten melodischen Figuren, die er durch einen eben so kunstvollen wie natürlichen Unterbau des Orchesters stützt, um die Vetrübtheit der Seele zu schildern. Von prächtiger Wirkung ist die durch religiöse Romane hervorgerufene Tenorarie: „Bäbe von gelassenen Jahren“ u. c. Der Dialog zwischen Christus und der gläubigen Seele bereitet dann in kindlich frommen Weisen das Licht der Hoffnung und des Trostes vor, das zum Schluß des Ganzen strahlend hervorbricht, indem sich voll dramatischer Gewalt alle Stimmen und Instrumente zu dem Himmelsjubel erheben: „Lob und Ehre und Preis und Gewalt sei unserm Gott von Ewigkeit zu Ewigkeit. Amen!“ Die Ausführung des schwierigen Sonnets verdient, die Größe der Aufgabe billig berücksichtigt, alle Anerkennung, die wir dem Dirigenten nicht vorenthalten wollen, dessen unbedingte Vertrautheit mit der Partitur allein ein so lohnendes Ziel erreichen konnte. Dr. Theobald John.

Breslau, 7. Mai. Freunden der Sternkunde dürfte eine nähere Angabe der Stelle des Himmels erwünscht sein, wo der gegenwärtig als ein nebliger Stern 4ter bis 3ter Größe mit bloßem Auge sichtbare Comet zu finden ist. Die Auffindung geschieht leicht durch die gegenwärtig des Abends um 10 Uhr ziemlich hoch am Südwest-Himmel im Sternbilde des Löwen stehenden Planeten Jupiter und Saturn, zwischen welchen sich der helle Stern Regulus des Löwen befindet. Etwa 20 Grad nördlich und einige Grade westlich von dieser Gruppe befindet sich am gestrigen Abende der Comet, geht jedoch in schneller Bewegung, täglich um mehrere Grade in südwestlicher Richtung fortschreitend, von der genannten Stellung am Kopf des kleinen Löwen neben dem Kopf des großen Löwen vorbei nach dem Sternbilde des Krebses hinwärts. Derselbe wurde von Herrn Thatch in Newyork am 4. April in der Gegend des Drachenkopfes entdeckt, später am 28. April in Nauen von einem Liebhaber der Astronomie Herrn Bäcker zwischen den Hinterrädern des großen Wagens bemerkt. Die Gestalt desselben ist die eines runden hellglühenden Nebels von 15 Minuten großem Durchmesser ohne Schweif. Ein sehr mäßiges Fernrohr reicht hin, denselben von den Fixsternen zu unterscheiden, sofern dies nicht mit bloßem Auge möglich ist. Die Ungunst des Wetters scheint in Europa bisher nur wenige Beobachtungen gestattet zu haben, so daß für eine Bestimmung der Bahn, die zur Zeit hier bekannt gewordenen Beobachtungen nicht ausreichend waren.

theilen, wenn die Pässe im Namen der Regierung des Königreichs Italien ausgestellt sein sollten. „Ein Stück Anerkennung ist das immer“ — jammert die „Kreuzzeitung“ zu dieser Nachricht.)

Berlin, 6. Mai. [Vom Hofe.] S. k. H. der Kronprinz, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, die sämmtlichen kgl. Prinzen, der Prinz August von Württemberg und der Erbprinz von Reuß-Schleiz wohnten heute Morgens auf dem templerischen Felde der Besichtigung des 4. Garde-Regiments zu Fuß bei. Gegen 11 Uhr waren die Exercitien beendet und kehrten die hohen Herrschaften zugleich mit der Generalität und den Truppen wieder zur Stadt zurück. — Bei S. k. H. dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin war gestern Abend Theegesellschaft, in welcher mit den übrigen hohen Herrschaften auch S. k. H. der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, S. D. der Erbprinz und die Frau Erbprinzessin von Reuß-Schleiz erschienen. — S. k. H. der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin machte heute Mittags den Prinzen und den Prinzessinnen des hohen Königshauses und anderen fürstlichen Personen seine Besuche und empfing darauf im k. Schlosse den mecklenburgischen Gesandten am hiesigen Hofe, Generalmajor Bar. v. Popsgarten und einige hier anwesende mecklenburgische Offiziere.

Elberfeld, 4. Mai. [Der Waisenhaus-Skandal.] Nach dem Bericht des Dr. Bouterweck, welcher unwiderleglich feststellte, daß die Ercheinungen im hiesigen Waisenhaus zum größten Theile auf Simulation beruht haben, schien es unglaublich, daß die wuppertaler Frommen nicht endlich in dieser Sache das Gewehr strecken sollten. Doch giebt es gewisse Formen der Verblendung, gegen welche kein Heilmittel mehr etwas auszurichten ist. Die am 30. April d. Z. versammelt gewesene hiesige Kreisynode hat, nach Inhalt des heute erschienenen „Kirchlichen Anzeigers“ aus dem Wuppertal, einen Antrag folgenden Inhalts angenommen, welcher bei ihr von den hiesigen evangelischen Presbyterien eingegangen war:

„Synode wolle ihren tiefen Schmerz darüber aussprechen, daß gegen eine religiöse Ercheinung unter den Kindern des städtischen Waisenhauses, die ihrem Kern nach als Erweckung zu betrachten ist, von Seiten der städtischen Obrigkeit mit solchen Maßregeln vorgegangen worden, durch welche theils der religiöse Charakter jener Bewegung verkannt, theils die tiefsten religiösen Interessen der hiesigen evangelischen Gemeinden verletzt worden sind.“ Dieser unglaublichen Demonstration gegenüber berief gestern Nachmittag der Oberbürgermeister Lischke die Stadtverordneten-Versammlung, welche mit 23 gegen 4 Stimmen folgenden Beschluß faßte:

„Die städtischen Behörden haben bisher den mancherlei, zum Theil verunglimpfenden, Beurtheilungen ihres Verfahrens in der Waisenhaus-Angelegenheit nur das Bestreben entgegengeleitet, durch rein sächliche Beschlässe und Anordnungen so bald als möglich den Waisenkindern die Segnungen einer ruhigen und geordneten christlichen Erziehung wiederzugeben. Jetzt aber, wo die Agitation gegen ihr Verhalten so weit gegangen, daß die Kreis-Synode sich veranlaßt gesehen hat, dasselbe als eine Verletzung der tiefsten religiösen Interessen der hiesigen evangelischen Gemeinden zu bezeichnen, erachtet die Stadtverordneten-Versammlung es für ein Gebot der Ehre und für eine Pflicht gegen die Bürgerschaft hierdurch auszusprechen, daß seitens der städtischen Behörden nichts geschehen ist, wodurch die wahren und berechtigten Interessen evangelischer Gemeinden irgendwie verletzt werden konnten; daß sie unersichtlich festhalten wird an den Grundfäden, welche in der Behandlung der, in einer rein städtischen Anstalt, unter der gesetzlichen Vermundtschaft der städtischen Behörden befindlichen Waisenkinder von ihr als die allein richtigen anerkannt und bisher befolgt worden sind; daß sie darin sich nicht beirren lassen wird durch den Versuch einer Einwirkung, die in den Organismus städtischer Verwaltung nicht gehört; daß sie demgemäß die unbedingte und maßlose Censur der Kreis-Synode mit Entschiedenheit zurückweist und die feste Zuversicht hegt, daß die Bürgerschaft dieser Stadt sich durch keinerlei Einflüsse in ihrem Vertrauen auf die von Gott verordnete Obrigkeit wankend machen lassen wird.“

Es zirkulirt hier außerdem folgende bereits mit sehr vielen Unter-

*) Die turiner „Opinione“ bringt einen „Preußen und das Königreich Italien“ überschriebenen Leitartikel, in welchem die Anerkennungsfraße besprochen wird. Das italienische Blatt beweist nicht, daß die grobe Nothwendigkeit des preussischen Volkes für die Anerkennung des Königreichs Italien sei und bemerkt zuletzt: „Schließlich wollen wir erwähnen, daß das preussische Kabinett als besserer Beurtheiler der Wichtigkeit und Bedeutung der zwischen Deutschland und Italien bestehenden Handels-Beziehungen mit Aufmerksamkeit die volkswirtschaftlichen Fortschritte des italienischen Volkes verfolgt und keine Gelegenheit vorbegehen läßt, um dem Handelsverehr zwischen beiden Völkern Vorschub zu leisten und ihn zu erleichtern. Als Beweis führen wir den gerade in dem Augenblicke, wo man am Vorabend der Einverleibung der mittel-italienischen Provinzen stand, von der preussischen Regierung und der Regierung Victor Emanuels abgeschlossenen Zulassungsvertrag an. Auch ist nicht zu übersehen, daß Genua in nicht ferner Zeit der natürlichen Hafen Norddeutschlands im Mittelmeere sein wird.“ Der „Espresso“ meldet, daß Graf Mamiani, ehemaliger Minister des öffentlichen Unterrichts, zum bevollmächtigten Geschäftsträger Italiens in Athen ernannt worden ist.

Frankfurt, 7. Mai. [Fräulein Auguste Geishardt.] die treffliche Sängerin, deren sich das breslauer Theaterpublikum stets mit besonderer Freude erinnert, hat sich in den letzten Tagen von dem Hoftheater in Hannover, dem sie sieben Jahre angehört, verabschiedet und bei dieser Gelegenheit die vorzüglichsten Auszeichnungen sowohl von Seiten des Publikums, als der Presse und des Theaterpersonals erfahren. Wir entnehmen den hannoverschen Blättern darüber folgendes: „Im kgl. Hoftheater trat gestern Abend (23. April) Fräulein Geishardt zum letztenmale auf; die Künstlerin schied von der hiesigen Bühne, der sie sieben Jahre hindurch als eine ihrer ersten und schätzenswerthe Mitglieder angehört hatte; die Künstlerin schied von hiesigen Publikum, dessen Hochachtung und Gunst sie sich in zahlreichen Rollen durch vorzügliche Leistungen zu erwerben und zu erhalten gewußt hatte. Es war daher nicht zu verwundern, daß sich ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden hatte, um die Scheidende noch einmal zu hören und ihr eine verdiente Theilnahme zu beweisen. Nach dem ersten wie dem letzten Akte wurden der Künstlerin bei enthusiastischen Hervorrufen Vorbränge und die schönsten Bouquets in großer Menge zugeworfen. Nach der Vorstellung fanden sich sämmtliche Mitglieder der Oper in dem festlich geschmückten Conversationszimmer ein, um der scheidenden Kollegin ein prachtvolles Album mit den Portraits des Intendanten, des Direktors, des Hof-Kapellmeisters und sämmtlicher Opermitglieder zu überreichen. Der Direktor des Hoftheaters hob in seiner Ansprache hervor, daß die Künstlerin nicht allein durch ihre Leistungen, sondern auch durch ihr ganzes Leben eine Zierde des Instituts gewesen. — Von der Königin wurde der scheidenden Künstlerin ein werthvolles Armband als Erinnerungszeichen zugestiftet.“ — Wie wir hören trifft Fräulein Geishardt nächstens zum Besuch bei ihren Pflegeeltern in Breslau ein.

[Die Hausthiere bei des Nordens Ureinwohnern.] Professor Steenstrup hat bei den Untersuchungen der alten Küchengemüthe an unzweifelhaften Wohnstätten der Ureinwohner des hohen Nordens, welche in der sogenannten Steinalterzeit, d. h. in der Vorzeit lebten, wo die Menschen den Gebrauch der Metalle noch nicht kannten, gefunden, daß jene Urvölker nur ein einziges Hausthier — den Hund — hatten. Wohl fand Prof. S. in gebakten Gemüthehäuten auch Ueberbleibsel vom Schweine, aber — vom wilden Schweine, welches nur Jagdgegenstand, keineswegs Hausthier war. Sowohl aus diesen Untersuchungen, wie aus anderen Momenten geht hervor, daß des Steinalters Volk im Norden eine weit geringere Cultur hatte als des Steinalters Volk in der Schweiz, welches letzteres erweislich die meisten unserer zahmen Hausthiere schon hielt und benutzte.

[Buchstäbliche Anwendung.] Die russische Clerisei widerlegte sich bis zur Regierung Peter des Großen mit aller Gewalt der Einführung des Tabaks resp. des Tabakrauchens, und zwar legten die Popen und Archimandriten ihrem Widerstande die bekannte Schriftstelle: „was zu des Menschen Munde eingeht, verunreinigt den Menschen nicht; wohl aber, was vom Menschen ausgeht“, zum Grunde. Da nun nicht gelehrt werden konnte, daß der Tabakrauch vom Menschen ausgeht, so konnten die Russen nichts entgegen, wenn ihre Popen sie vom Tabakrauch rein halten wollten und mußten also den Genuß des Tabakrauchs entbehren, bis ihr großer Peter

schriften versene Adresse, welche dem Oberbürgermeister Lischke in den nächsten Tagen überreicht werden wird:

Gegenüber dem Aussprache der elberfelder Kreisynode, betreffend das Verfahren der städtischen Behörde in der Waisenhaus-Angelegenheit, geben die unterzeichneten Einwohner der Stadt Elberfeld hierdurch die Erklärung ab: „daß sie das von der städtischen Behörde in der fraglichen Angelegenheit beobachtete Verfahren in allen Theilen auf das Vollständigste billigen.“

In der Untersuchungssache gegen den früheren Waisenhausvorsteher Klug ist bis jetzt noch kein Urtheil gefällt. (N. Z.)

Deutschland.

Kassel, 2. Mai. [Zu den Wahlen.] Bei der am 1. d. M. in Hofgeismar vorgenommenen Wahl der Wahlmänner sind die vorigen wieder gewählt worden. Nach vollendeter Wahl haben von den 26 Wahlberechtigten 23 folgende schriftliche Erklärung abgegeben:

„Wir, die unterzeichneten, zur Wahl der Wahlmänner beauftragt der Wahl eines Landtagsabgeordneten berufenen Wahlberechtigten der hiesigen Stadt, erklären hierdurch feierlichst unter Bezugnahme auf unsern auf die Verfassung vom 5. Januar 1831 geleisteten Eid, daß aus unserer Wahlhandlung ein Verzicht auf die Verfassung vom 5. Januar 1831 nicht gefolgert werden soll, und unter der Voraussetzung, daß der zu wählende Abgeordnete die Wiederherstellung der gedachten Verfassung und die Berufung einer nach dem Wahlgesetze vom 5. April 1849 zu wählenden Ständeverammlung nach Kräften geltend machen werde.“

In Hofgeismar wurde am 30. v. M. die Wahl der Wahlmänner gleichfalls unter Vorbehalt vollzogen, und in Karlshafen fiel die Wahl auf die Männer von 1860. — Aus Berkenheim berichtet man der „Zeit“, daß es in einer gestern Abends daselbst stattgefundenen Vorversammlung zu sehr heftigen Debatten mit dem bisherigen Abgeordneten Reiser gekommen sei. „Herr Reiser“, heißt es in dieser Mittheilung, „erklärte sich auf eine Anfrage seiner früheren Wahlmänner bereit, mit Vorbehalt zu wählen, bezieht sich jedoch vor, gleichzeitig einen Passus in seine zu Protokoll zu gebende Erklärung aufzunehmen, etwa des Inhalts, daß er der Regierung das Recht zugesiehe, aus der Verfassung von 1831 die ihr nicht genehmen Bestimmungen zu entfernen. Er versuchte diesen seltsamen Vorbehalt durch die Mittheilung zu begründen, daß Herr Finanzminister Rohde, den er für einen Ehrenmann halte, ihm mit Thränen in den Augen versichert habe, die Regierung habe bei dem ganzen Verfassungsstreit nur das Wohl des Landes im Auge. Die Versammlung war jedoch der Ansicht, ein Volksvertreter dürfe sich nicht durch Ministerthränen rühren lassen, man müsse eben feste, eiserne Vertreter unseres guten Rechts an den Landtag schicken. Unter diesen Umständen beschloß man vorläufig, in der heute stattfindenden Wahl der Wahlmänner von Herrn Reiser Abstand zu nehmen.“

Leipzig, 2. Mai. [Aussicht auf Amnestie.] Wie man der „Meißner-Ztg.“ schreibt, soll binnen kurzem der Erlaß einer allgemeinen Amnestie bevorstehen. Im Lande selbst giebt es zwar gegenwärtig nur noch einen einzigen politischen Gefangenen, den ehemaligen Musikdirektor Rödel, welcher, wegen seiner Betheiligung an den Maiereignissen des Jahres 1849 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt, noch immer in der Strafanstalt zu Waldheim sitzt, da er bisher mit eiserener Beharrlichkeit jeden Vorschlag, unter Zugeständnis seiner Schuld sich Begnadigung zu erbitten, zurückgewiesen hat. Desto größer ist aber die Zahl derjenigen sächsischen Landesangehörigen, welche im Jahre 1849 und später durch die Flucht sich den verfolgenden Gerichten zu entziehen wußten, und seitdem in der Fremde ein Asyl gefunden haben.

Oesterreich.

Wien, 6. Mai. [Zur Tages-Chronik.] Se. M. der Kaiser hat gestattet, daß alle jene Beamten und Diener der in Siebenbürgen in Auflösung befindlichen politischen Verwaltungs- und Justiz-Behörden und Aemter, welche bei den diesbezüglichen neuen Behörden oder anderweitig derzeit keine Unterbringung finden sollten, in die Verfügbarkeit versetzt werden; — und Se. Majestät hat denselben aus Gnade ein Begünstigungsjahr vom ersten des auf die factische Auflösung der betreffenden Behörden folgenden Monats bewilligt.

— Das an der vorgestrigen Abendbörse ausgebrengte Gerücht von dem Rücktritte des Baron Bay hat sich als ganz unbegründet herausgestellt; wohl war aber, wie wir erfahren, in den letzten Tagen die Rede davon, daß der Juxta curiae Graf Apponyi zurückzutreten beabsichtige, was jedoch zur Stunde ebenfalls als behoben erscheint.

— Der „Hamb. Börsenhalle“ meldet man als bestimmt, „daß zwischen den Cabineten von Wien und London mit Hast betriebene Unterhandlungen im Zuge sind, die auf eine Regelung der Stationen-Angelegenheiten für eine demnächst auf permanente Kreuzung im adria-

die betreffende Bibelstelle richtiger, als seine Paffen auslegte und die Russen auch unter die Cultur- d. h. hier unter die Tabak rauchenden Völker erhob. Fr. M.

In einer jüdischen Gesellschaft fragte unter Andern ein Mitglied: welches ist gegenwärtig der frömmste Jude in Europa? — Allgemeines Nachdenken — keine Antwort. — „Mir's“, ruft der Frager; denn er ging schon vier Wochen vor Ostern nach Majes (Majas), während sonst auch die frömmsten Juden nur einen bis zwei Tage vor Ostern nach Majes gehen.“ (Mir's ist bekanntlich die personifizierte Moral des heutigen Frankreich.) — d.

[Richard Wagner] lebte in einem in Prag angelangten Schreiben aus Paris vom 25. April die Einladung, sein „Rheingold“ in Prag zuerst zur Darstellung gelangen zu lassen, ab, indem der Autor gewillt ist, beuer im September eine Musteraufführung seines neuesten Werkes „Tristan und Isolde“ mit Beiziehung der disponiblen ersten Kräfte Deutschlands zu veranstalten und erst im künftigen Jahre eine verglichen der erlangten Oper folgen zu lassen, welche gleichsam als „Modell“ für alle folgenden zu gelten hätte. Da es sich um ein festgehaltenes allgemeines Princip handle und die persönliche Intervention bei den so heißen und schwierigen Intencungen der gedachten Werke unumgänglich nothwendig sei, so hofft R. Wagner, „daß sich durch diese Erklärung Niemand verletzt finden dürfte.“ (Bohemia.)

Paris, 2. Mai. Der verächtliche „Jud“ (der Mörder Boinsot's) soll in Californien ertrappt und sogleich gehängt worden sein. Jud sei nämlich in einem öffentlichen Locale in San Francisco erkannt und verhaftet worden. Eine Jury habe sich unverzüglich gebildet und, trakt dem raschen Verfahren des Vongesetzes, den Unerwünschten sofort zum Galgen verurtheilt: der Exekution soll nach das Geständnis und die Offenbarung einer Reihe von in Frankreich, Italien, der Schweiz und Deutschland begangener Verbrechen vorausgegangen sein.

[Theure Predigt-Manuskripte.] In den Vereinigten Staaten ist kürzlich ein origineller Prozeß verhandelt worden. Ein Pastor im Westen hatte seit zehn Jahren die Manuskripte seiner Predigten bei der Feuer-Assekuranz Meina verichert. Bei einem Brande, der in seinem Hause ausbrach, gingen diese Manuskripte zu Grunde. Die Assekuranz verweigerte die Entschädigung, da sie behauptete, daß derlei Objecte keinen Dollar werth seien. Der Pastor klagte; seine Pfarrkinder sagten aus, die Predigten seien sehr gern angehört worden, sie wären also werthvoll. Die Jury verurtheilte die Assekuranz-Gesellschaft zu einer Summe von 2000 Dollars für die verbrannten Manuskripte.

[Ein Trost für alte Jungfern.] Ein kürzlich in Amerika (Boston) verstorbenes Fräulein Townsend hat in ihrem Testament die Summe von 60,000 Dollars zur Errichtung einer Heimathstätte für alte Jungfern bestimmt, in welcher diese Schutz vor dem „Hohngelächter der Welt“ finden sollen. Aufgenommen werden alle alten Mädchen, die mögen aus Neigung oder durch den Zwang der Verhältnisse lebzig geblieben sein, wenn sie in Amerika geboren und niemals polizeilich beanstandet wurden.

tischen Meere erscheinende englische Flotte Bezug haben. Vorläufig ist es sicher, daß die Insel Eissa, vor zwei Jahren von der französischen Flotte in feindlicher Weise zum Depot und Landungsplatz ausserkoren, diesmal zu einer Haupt-Kohlenstation für die englische Flotte designirt ist. Wir zweifeln schon deshalb an der Wahrhaftigkeit dieser Mittheilung, da die Franzosen bekanntlich nicht auf der Insel Eissa, sondern auf der quarnerischen Insel Lussin gelandet waren. (M. Z.)

[Notation des evangel. Ober-Kirchenraths.] Im amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“ ward heute publizirt:

Se. k. apostolische Majestät haben mit der allerhöchsten Entschliessung vom 14. April d. J. den Evangelischen beider Bekenntnisse im Amtsbezirk des k. k. evangel. Ober-Kirchenraths in Wien die ihnen in dem allerhöchsten Patente vom 8. April d. J. § 20 zugesagten bleibenden Unterstützungen aus dem Staatsfische in dem Gesamtbetrage jährlicher 41,660 fl. O. W. zu bewilligen, und zu verfügen geruht, daß dieses Unterstützungs-Pauschale vom Staats-Ministerium nach Maßgabe des eintretenden Bedarfs schon im gegenwärtigen Jahre verwendet werde. Aus dieser Gesamtdotation sollen verwendet werden:

- a) zur Erhaltung der Superintendenturen und zur Bestreitung ihrer Kanzlei-Erfordernisse 27,960 fl.;
- b) zur Verabfolgung von Funktionszulagen an die Senioren 5700 fl.;
- c) zur Unterstützung armer Kirchgemeinden und Schulen 8000 fl.

In diese letzte Post sind die bisher an dänische evang. Gemeinden aus dem Avar verabfolgten Unterstützungs-Beiträge nicht einbezogen.

Prag, 5. Mai. [Demonstrationen.] Vom Lande gehen Nachrichten über Demonstrationen ein, die von der Bevölkerung gegen Landtagsdeputirte gerichtet werden, denen man vorwirft, sie hätten nicht nach dem Sinne ihrer Wähler gestimmt. In Strakonitz ist vor acht Tagen dem Landtagsdeputirten Hrn. Fürth eine große Kagenmüsst gebracht worden, zu der durch förmliche Ankündigungen eingeladen worden war. Man warf auch die Fenster im Hause des Hrn. Fürth (Fabrikant) ein. Man beschuldigte ihn, er hätte im Landtage nicht mit den Tscheken gestimmt. Auf Veranlassung Sr. Excellenz des Statthalters wurde nach Strakonitz eine starke Husarenabtheilung aus Pisek verlegt und gegen die Anführer jener Scenen ist die Untersuchung eingeleitet. Dem Landtagsabgeordneten Hrn. Porak in Trautau (einem ganz deutschen Bezirke), welcher durch die Machinationen einiger tschechisch Gesinnten bei der Wahl durchgesetzt wurde, aber dafür auch im Landtag mit der tschechischen Partei gegen die deutsche hielt, wird von den Trautauern dieser Tage ein Mißtrauens-Votum zukommen. Die Bewohner von Braunau haben ihm bereits ein solches übersendet. Man klagt in jener Gegend sehr über, gegen das deutsche Clement gerichtete Wahlumtriebe. Auch gegen einige der Tschekenführer erheben sich von Seiten der Wähler Bedenken. Letztere drücken ihre Verwunderung darüber aus, wie Dr. Neger und andere Herren dieser Partei nicht bloß für den Reichsrath wählen und sich für diesen wählen lassen konnten, da man den Wählern doch bis zum letzten Augenblicke versichert, die tschechische Seite werde gegen die Reichswahlen protestiren. Um den übeln Eindruck bei den sonst gut geschulten tschechischen Wählern einigermaßen zu verwischen, ließ die tschechische Partei in Wien das Programm der föderalistischen erscheinen, welches eigentlich nichts als ein Protest gegen die Februar-Verfassung und den Reichsrath ist und die äußerste Opposition gegen das Ministerium Schmerling ankündigt. Dr. Neger hat jenes Programm verfaßt. Dr. Tomek übersehte es ins Tschechische. (Dr. Z.)

— Pesth, 4. Mai. [Eindruck der kaiserlichen Thronrede.] Ueber die Thronrede, welche der Kaiser vor dem versammelten Reichsrathe gesprochen, herrscht im ganzen Lande nur eine Stimme, von dem Journale angefangen, welches das Heil Ungarns von der Emigration erwartet bis zum offiziellen Organe der Hofkanzlei betrachtet die gesammte Presse die kaiserliche Ansprache als einen Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte Ungarns. Wie immer jedoch man von der drastischen Form, in welcher dieser Angriff geschieht, überrascht sein mag, so muß man bei einer näheren Untersuchung der Sachlage zu der Einsicht gelangen, daß die Dinge so und nicht anders kommen konnten. Wenn man nämlich die Kraft der wechselseitigen Einflüsse prüft, welchen das Staatsoberhaupt in Wien preisgegeben ist, so wird man auf der einen Seite das Drängen der deutschen Minister sehen, welche, Sr. Majestät ihr Programm entgegenhaltend, nicht ohne Selbstgefühl ausrufen können: „die Hälfte der Monarchie steht hinter uns“; während auf der anderen Seite die ungarischen Minister stehen, auf die geselligen Rechte Ungarns hinweisend, ohne sich jedoch auf eine Partei berufen zu können, die hinter ihrem Rücken steht. Schmerling konnte sich auf die Vertrauensadressen der deutsch-slavischen Landtage berufen, wo Baron Bay nur die grossenden Volksrepräsentanten des National-Museums vor Augen hatte. Auch mußte man selbstverständlich den ungarischen Räten auf die Abfassung der Thronrede einen geringeren Einfluß zugestehen, da die Ansprache des Kaisers doch einer Versammlung gegolten, in der Ungarn gar nicht vertreten war. Diese und ähnliche Erwägungen können jedoch bei der hier herrschenden Aufregtheit kaum zur Geltung gelangen, und man sieht in der Thronrede eine Herausforderung, die man mit gedoppeltem Troste erwidern muß. Unter solchen Umständen steht auch zu befürchten, daß die am nächsten Mittwoch beginnenden staatsrechtlichen Debatten im Parlamente einen bitteren Charakter annehmen werden, und der Adresse-Partei ist kaum mehr ein Sieg vorherzusagen, obgleich Deal nach wie vor entschlossen ist, mit der ganzen Macht seiner glänzenden Beredsamkeit für die Adresse in die Schranken zu treten. Zugegeben jedoch, daß das Ausrufen einer so bedeutenden Persönlichkeit wie Deak der Adresse eine Majorität verschafft, so ist für die Sache des friedlichen Ausgleichs nur dann etwas gewonnen, wenn diese Majorität eine überwiegende ist. Man hat sich nämlich seit einigen Wochen daran gewöhnt, die Adresse als eine parlamentarische Form zu betrachten, die mit nichts anderem als mit der Absicht einer friedlichen Transaktion identisch ist, während die Resolution der Wählprüch jeder Partei ist, die einem förmlichen Bruche mit der Regierung vor jeder friedlichen Ausöhnung den Vorzug giebt. Wenn also die Adresse mit einer kleinen Majorität durchgeht, so können die deutschen Minister noch immerhin sagen: das Resultat der Debatten könne nur so viel und nicht mehr beweisen, als daß bloß eine kleine Majorität überhaupt den Ausgleich wüßte, während doch die gesammte Gesetzgebung von dieser Intention erfüllt sein sollte, abgesehen von der Verschiedenheit der politischen Ueberzeugung, die die einzelnen Fraktionen bei der parlamentarischen Durchführung des Ausgleichs leiten mag. — Mittlerweile hat sich das Unterhaus heute in geheimer Konferenz mit einer andern Frage beschäftigt. Die Erhebung der Steuern unter militärischer Aufsicht hat nämlich bereits an mehreren Orten Ungarns seinen Anfang genommen, in Folge dessen hat sich das torontaler Komitat an das Repräsentantenhaus gewendet, damit dieses veranlasse, daß die Organe der Wiener Regierung sich nicht mehr in ungarische Angelegenheiten einmengen. Die Konferenz hatte nun, wie mir berichtet wird, kein Resultat, und wird der Gegenstand Dienstag in öffentlicher Sitzung verhandelt werden. Montag findet nämlich aus Anlaß des griechischen Osterfestes keine Sitzung statt; dieser Beschluß wurde heute aus Courtoisie für die wenigen Repräsentanten dieses Glaubens gefaßt. Die Adressdebatte beginnt somit erst Mittwoch, falls kein neues Hindernis einen wiederholten Aufschub nach sich zieht.

— Die Steuerfrage in Ungarn ist durch das militärische Einschreiten behufs Eintreibung der Steuern zur brennenden Tagesfrage geworden, und aus den Komitaten liegen uns mehrere zur Sache be-

zügliche Meldungen vor. So wird dem „P. U.“ aus Tisza-Eszlak vom 29. April geschrieben:

Heute, am 29. April, wurden wir um die Mittagsstunde durch das Einrücken einer Militärkolonne in der Stärke von 200 Mann Infanterie, deren Avantgarde die Kirchenbäume beider Konfessionen besetzte, um durch die Abnahme der Glockenfränge ein allfälliges Sturmläuten zu verhindern, um so mehr überrascht, als die Soldaten mit geladenen Gewehren unser Dorf okkupirten. Nach dem Aufmarsch der Truppen vor dem Gemeindehause wurde uns die Erklärung abgegeben, daß die Militärregierung über unsere Gemeinde zur Eintreibung aller direkten und indirekten Abgaben, zur Herstellung der früheren finanziellen Ordnung in allen Gefällszweigen verhandelt sei, wonach die Mannschaft nach dem Steuerkontobuche zuerst zu 6 Mann, in den folgenden Tagen aber zu 4 und 2 Mann in die Häuser der schuldigen Kontribuenten bequartirt, nach verfallener Repräsentanz zur Erziehung und Inzivilisirung der Urachen und Urheber der bisherigen Steuerverweigerung geführt, und endlich das Verprechen einer für die Zukunft geregelten Steuereinzahlung abgenommen und auch protokolllarisch gegeben worden ist.

In Komorn hat die Komitatskongregation gegen dieses Vorgehen einen Protest zu Protokoll gegeben. Nachdem der Gefessartikel Erwähnung geschieden, auf denen das Steuerbewilligungsrecht beruht, fährt das Protokoll fort:

Indem das Komitat anordnet, daß diese Verwahrung und Erklärung allen Jurisdiktionen mitgetheilt werde, weist das Komitat gleichzeitig seine Bezirksbeamten dahin an, daß sie sich nicht nur streng an den im vorigen Jahre unter Zahl 2 erlassenen Grundbeschuß des Komitats halten, sondern auch dahin bestrebt seien, der Sicherung der oben angerufenen, gesetzlich sanktionirten Rechte auf jedem zum Ziele führenden Wege mit Ausschluß der thätlichen Gewalt, Geltung zu verschaffen. Den Ortsvorständen des Komitats aber wird zur Pflicht gemacht, daß sie sich von der Einhebung dieser ungeleglichen Steuer ferne halten, und es nicht wagen, dem willkürlichen Verfahren der etwa zu verwendenden Militärmacht Vorschub zu leisten. Schließlich werden alle, welche der Einhebung der ungeleglichen Steuern, durch Ankauf der zu liquidirenden Gegenstände oder in was immer für anderer Weise hilfreiche Hand bieten, für den verursachten Schaden verantwortlich gemacht. Die Gesammtheit dieses Komitats ist des sicheren Glaubens, daß sich in ihrer Mitte kein Individuum finden werde, welches durch die Vollstreckung dieser, einen Angriff auf das Gesetz und die Verfassung involvirenden Anordnungen der Regierung seinen Namen im Angesicht des Vaterlandes brandmarken würde.

Italien.

Turin. [Die Unterhandlungen mit Rom.] Das „Giornale di Roma“ bringt jetzt eine amtliche Erklärung, in welcher die römische Regierung alle Gerüchte, als seien von Piemont dem Papste vorläufige Concessionen gestellt worden, für grundlos erklärt und hinzusetzt: „der Fall sei zu selten, daß Räuber etwas wieder herausgeben wollten“. Der Kardinal Antonelli hält also nicht nur den gegenwärtigen weltlichen Besitzstand, sondern auch die Herausgabe der bereits in das neue Reich einverleibten Provinzen als Grundlage einer Verständigung fest. Die französische Regierung, durch deren Vermittelung die Verhandlungen stattfanden, soll denn auch, der „Independ.“ zufolge, der italienischen bereits die förmliche Anzeige gemacht haben, daß alle ihre Bemühungen fruchtlos geblieben seien. Dagegen soll eine baldige Anerkennung des neuen Titels auch von Seiten Frankreichs zu gewärtigen sein, und man nennt bereits als den neuen Gesandten Frankreichs am turiner Hofe, den bisherigen Votschafter in Konstantinopel, Herrn von Lavalette; dieser würde durch den französischen Gesandten am preussischen Hofe, Fürsten de la Tour d'Auvergne ersetzt werden, und an dessen Stelle der letzte französische Gesandte in Turin, Herr von Talleyrand nach Berlin gehen. Indessen wird andererseits versichert, daß die Entscheidung über die Frage der Anerkennung des neuen Reiches im pariser Ministerrath, als sie bei Gelegenheit der Ausschreibung der neuen italienischen Anleihe an der Börse sich aufdrängte, nochmals ins Unbestimmte hinausgeschoben wurde.

Neapel. Nach den Berichten der amtlichen „Tutiner Stg.“ haben die jüngsten Erhebungen im Königreich Neapel eine größere Ausdehnung gehabt, als man früher gemeint hatte. Nicht nur in den Provinzen Basilicata, Capitanata, sondern auch in Principato citeriore, Terra d'Otranto, Bari und andern haben Kämpfe stattgefunden.

Schweiz.

Genf, 2. Mai. [Prinz Napoleon.] Diesen Vormittag um 11 Uhr kam von Lyon her der Prinz Napoleon hier an, um sich sogleich nach seinem Landgute bei Nyon zu begeben. Ohne Aufenthalt begab sich der Prinz vom Bahnhofe aus zu Fuß an den Hafen und bestieg sogleich sein Schiff. Die französische Flagge war während dessen an den Masten aufgezogen worden. Einige hundert Zuschauer waren am Ufer versammelt und ein halb Duzend Kähne schien es sich zum Geschäft gemacht zu haben, die schweizerische Flagge vor den Kajütenfenstern der Yacht wehen zu lassen. Die Bemerkungen, welche man in der Menge hörte, zeigten, daß die Sympathien zu Frankreich keine Fortschritte bei den Schweizern gemacht haben. (Allg. Z.)

Aus Bern vom 1. Mai geht dem „Schw. Merkur“ die Nachricht, daß Dr. Reich (als Verfasser eines Aufrufs an Deutschland zum Kampfe gegen Oesterreich genannt) kein Flüchtling sei, daß ihn die Behörden niemals ausgewiesen haben und daß sein Paß in Ordnung sei.

Frankreich.

Paris, 4. Mai. [Preßprozeß.] Heute fand vor der sechsten Kammer des Zuchtpolizei-Gerichts der Prozeß gegen den Verleger und den Drucker der Broschüre des Herzogs von Numale statt. Eine große Anzahl Personen hatte sich eingefunden, um den Debatten anzuhören. Unter den Anwesenden bemerkte man den Grafen von Montalembert, Napoleon Daru, Guvillier Fleury und andere der Familie Orleans befreundete Personen. Die Anklage gegen den Buchhändler Lemercier Duminerey (Rue Richelieu, 78) und den Buchdrucker Beau (in St. Germain) lautet dahin, daß sie sich durch die Veröffentlichung und den Verkauf der Broschüre: „Lettre sur l'histoire de la France“, von Heinrich von Orleans unterzeichnet, sich des Vergehens, zum Paß und zur Verachtung der Regierung aufzureizen zu haben, schuldig gemacht. Die Advokaten Dufaur und Herbert vertheidigten die Angeklagten. Gegen den Gebrauch waren keine Eintrittskarten vorher ausgetheilt worden, und es fanden deshalb nur solche Personen Zutritt, die seit früh Morgens Dueue gemacht hatten. Zuerst erhielt der Prokurator-Substitut Duceux das Wort. Derselbe trat sehr heftig auf, doch die Argumente, welche er vorbrachte, waren nicht sehr stichhaltig; er zog eine Parallele zwischen den Orleans und den Stuart, was den Vertheidigern des Buchhändlers zu einer energischen Widerlegung Anlaß gab. Die Orleans, meinte er, hätten nie conspirirt, und obgleich sie in ihren Personen und in ihrem Vermögen angegriffen worden seien, so hätten sie doch nur für das Wohl Frankreichs gearbeitet, so oft die Gelegenheit sich dazu geboten hätte. Niemals hätten sie die Regierung angegriffen, sondern sich nur gegen die Angriffe des Prinzen Napoleon vertheidigt. Dennoch habe ihnen nicht das Beispiel eines anderen Verschwörers gefehlt, der aufreizende Schriften verbreitet und sich mit einem Stabe treu ergebener Männer umgeben habe. Der Prinz Napoleon, sagte der Vertheidiger schließlich, habe verlangt, daß man diese Sache todtschweige; man habe sie in dessen todtschweigen und doch geantwortet. Zum Beweise zeigte er die 11 Broschüren, die man als Erwiderung habe erscheinen lassen; sie seien zwar „anonym“, aber dieses „anonym“ habe in neuester Zeit eine besondere Wichtigkeit erlangt. Nach Dufaur ergriff Herbert

für den Drucker das Wort. Er gab zuerst Kenntniß von einem Briefe, in dem der Drucker erklärt, er habe geglaubt, nicht gegen das Gesetz zu handeln, wenn er einer in der Verbannung lebenden und so scharf angegriffenen Familie eine Druckerei zur Verfügung stelle. Die Dufaur stellt auch er das Argument auf, daß noch immer das Gesetz von vor 1852 bestesse, und daß, obgleich die Minister nicht mehr verantwortlich seien, das Recht des Publikums doch noch immer dasselbe sei. Selbst unter den römischen Kaisern, meint er, habe man das Recht der Kritik gehabt. Man beklage sich über die Broschüre des Herzogs von Numale, aber unter Louis Philippe sei eine ähnliche, jedoch viel heftigere Broschüre erschienen, die man aber nicht verfolgt habe. Man könnte deshalb dem damaligen Staats-Anwalt nichts vorwerfen, da, wenn er sie auch wirklich hätte verfolgen wollen, die Richter die Klage zurückgewiesen haben würden. Der Gerichtshof sprach hierauf sein Urtheil. Der Buchdrucker wurde zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt und der Buchhändler zu 6 Monaten Gefängniß und 6000 Fr. Geldstrafe.

Großbritannien.

London, 4. Mai. [Parlament.] In beiden Häusern wird eine Botschaft der Krone verlesen, worin die Anzeige von der Verlobung der Prinzessin Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen enthalten ist. Im Unterhause lenkt Cochrane die Aufmerksamkeit des Hauses auf Polen, zieht eine Parallele zwischen der diesem Lande und Neapel gegenüber von der englischen Regierung verfolgten Politik und bemerkt, Lord J. Russell scheine den alten römischen Spruch umzukehren, indem er nach dem Grundsatz verfare: Parcere superbis et debellare subjectos. Schließlich fragt er, ob der Staats-Sekretär des Auswärtigen bereit sei, gewisse Depeschen des britischen General-Consuls zu Warschau vorzulegen. Sir S. Verney spricht die Hoffnung aus, daß Lord J. Russell seinen Einfluß aufbieten werde, um einen Ausbruch in Schleswig und Holstein zu verhindern. Es sei nicht wahr, daß die Bewohner Schleswigs und Holsteins im Geringsten den Wunsch offenbarten hätten, von Dänemark getrennt und mit Deutschland vereinigt zu werden. Sie verlangen nichts weiter, als ihre alten verfassungsmäßigen Rechte. Leider habe er aus einem vor ein paar Tagen erhaltenen Briefe gesehen, daß die dänische Regierung sich selbst jetzt noch Eingriffe in diese Rechte erlaube und diejenigen verfolge, welche dieselben zur Geltung zu bringen suchten. Schließlich fragt der Redner, ob die Regierung etwas gegen die Vorlegung des die Herzogthümer betreffenden Berichtes des General-Consuls Ward in Hamburg habe, den derselbe vor ungefähr fünf Jahren abgeliefert habe. Lord J. Russell sagt, es sei behauptet worden, er habe in seiner October-Depesche an die Nationalitäten appellirt, und diese Berufung an die Nationalitäten habe die Vorgänge in Warschau und Ungarn veranlaßt. Es sei eine irrige Voraussetzung, daß er überhaupt an Nationalitäten appellirt habe. Er habe in jener Depesche gesagt, was die Ansichten der englischen Regierung über Italien und zwar namentlich über Neapel und Sicilien gewesen seien, und er sei dazu dadurch benommen worden, daß Rußland und Preußen ihre Meinungen bereits ausgesprochen hätten, und weil früher oder später doch jedenfalls die Frage habe auszuweichen müssen, ob die an Stelle der Regierung des ehemaligen Königs von Neapel getretene Regierung so beschaffen sei, daß England sie als eine regelmäßige Regierung in Europa anerkennen könne. Es sei deshalb nöthig gewesen, über die Vorgänge in Italien eine Meinung abzugeben, und das habe er gethan. Er habe nämlich erklärt, daß, da seit dem Jahre 1821 das Volk sowohl im Kirchenstaate, wie in Neapel eine Mißregierung erduldet habe, die ihm als schlimmer erschienen sei, als irgend eine in irgend einem anderen europäischen Lande — viel schlimmer als die in der Türkei —, er sich nicht darüber wundern könne, daß es sich den Invasions-Truppen angeschlossen habe, von welchen die frühere schlechte Regierung gestützt worden sei. Was Polen betreffe, so müsse jeder Engländer Sympathie mit einer so tapferen Nation hegen, die eine so glänzende Geschichte habe und bis auf den heutigen Tag an ihren Nationalgefühlen feithalte. Man könne sich des Gefühls nicht entschlagen, daß Polen ein besseres Geschick verdiene, und man müsse die Theilung Polens bedauern. Doch würde er sich wohl hüten, irgend etwas zu sagen, was die Polen zu der Annahme verleiten könne, ihre Nationalität werde durch irgend welche Bemühungen Englands zu ihren Gunsten wiederhergestellt werden. Er zweifle gar nicht an dem Charakter der Antwort, die er erhalten würde, wenn er eine Depesche über diesen Gegenstand an den Hof von Petersburg schreibe. Man würde ihm sagen, der Kaiser von Rußland habe seinen polnischen Unterthanen die freiestmögliche Zugeständnisse gemacht, und alles, was er wolle, sei, daß Ruhe in jenem Lande herrsche. Auf der einen Seite wolle er diese Zugeständnisse nicht zurücknehmen; andererseits aber wolle er auch die Linie nicht überschreiten, welche er zur Aufrechterhaltung seiner Autorität über Polen für nöthig halte. So ungefähr würde die Antwort lauten. Sei aber wohl irgend eine Partei in England bereit, oder ließe sich irgend eine Regierung finden, die bereit sei, zu den Waffen zu greifen, um die Nationalität Polens mit Gewalt wieder herzustellen? Die neuesten Ereignisse in Warschau seien ohne Zweifel sehr beklagenswerth. Er könne nicht begreifen, warum man die Bewohner nicht vorher gewarnt und ihnen nicht vorher angezeigt habe, daß man Zusammenrottungen mit Wassengewalt zersperren werde. Er fühle sich nicht berechtigt, dem Hause die verlangten Berichte vorzulegen. Was Neapel betreffe, so sei es sehr natürlich, daß der Ex-König einen Zufluchtsort in Rom gefunden habe. Doch sei es sehr zu bedauern, daß jene Hauptstadt ein Herd von Verschwörungen gegen die bestehende Obrigkeit sei. Depeschen über die neueren Vorgänge in Neapel könne er nicht vorlegen. Was Schleswig-Holstein anbelange, so unterhandle die britische Regierung mit verschiedenen Mächten zu dem Zwecke, die Streitfrage zu schlichten. Es scheint ihm, daß der Zwist seinen Grund weit mehr in den Leidenschaftlichkeiten habe, welche durch die auf beiden Seiten erhobenen sehr großen Ansprüche erweckt worden seien, als in irgend einer durch die Sache selbst bedingten wirklichen Schwierigkeit. Nichts könnte gefährlicher sein, als ein Kampf zwischen Deutschland und Dänemark, und kein Mensch vermöge zu sagen, welche Dimensionen derselbe annehmen werde. Die englische Regierung nehme einen vollständig unabhängigen Standpunkt ein, und er hoffe daher, daß ihre Vorstellungen einen guten Erfolg haben würden. Er glaube, die Vorlegung des vor fünf Jahren abgelassenen Berichtes des Herrn Ward würde, da die Dinge seitdem eine ganz andere Gestalt angenommen hätten, geeignet sein, das Haus irre zu leiten und zu verwirren. Doch hoffe er in ein paar Tagen Papiere vorzulegen, welche dem Hause einen Einblick in den gegenwärtigen Stand der holsteinischen Frage gewähren würden.

Belgien.

Brüssel, 3. Mai. [Die Stellung Rußlands zu Frankreich.] In einem Briefe, der von einem hochgestellten in Paris weilenden Russen herrührt, finde ich folgende Einzelheiten über die Stimmung des russischen Hofes und über die Stellung Rußlands zu Frankreich. Die beiden Mächte scheinen sich wieder freundlicher zu einander zu verhalten. Der Zar hat den Kaiser Napoleon durch den Grafen Kisselew in herzlicher Weise erlucht, er möge die polnische Bewegung durch nichts unterstützen, er werde das als einen besonderen Beweis seiner Freundschaft ansehen. Der Kaiser antwortete, daß er den Polen niemals Hoffnung gemacht, daß er ihre Erhebung für ein Unglück halte, da es in Kurzem sich darum handeln müsse, die große orientalische Frage zu lösen, da diese sich vertagen, aber nicht verleugnen lassen könne. Der Zar möge überzeugt sein, daß er (der Kaiser) alles thun werde, was zur Beruhigung des Zaren dienen könne. Hierauf sei die Note im „Moniteur“ erschienen. Der Zar, so gut er auch sein mag und so liberal gesinnt im Vergleiche mit Nikolaus, hegt in Bezug auf die Polen ganz dieselben Anschauungen wie Kaiser Nikolaus. (?)

4. Mai. Die Bemühungen um den petersburger Hof sind noch immer sehr lebhaft in Paris, und man ist dort durch die von einem Agenten gemachte Anzeige von einer zwischen Oesterreich und Rußland erfolgten Annäherung sehr unangenehm berührt worden. Als Beweis für die Richtigkeit seiner Angabe führt er an, daß der petersburger Hof die Abberufung des Herrn v. Balabine aus Wien vor habe und denselben durch einen Botschafter ersetzen wolle. Der Botschafter soll aus denjenigen Persönlichkeiten gewählt werden, welche dem Wiener Hofe am angenehmsten sind. Im Zusammenhange hiermit, meldet ein Diplomat aus Paris, daß es Oesterreich niemals in den Sinn gekommen (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)
war, zur Vereinigung der Moldau und Wallachei zu einem Staate seine Einwilligung zu geben, und daß es mehr denn je gegen diese Combination sich ausspreche. (R. 3.)

Spanien.

Madrid, 4. Mai. Alle Städte von San Domingo haben Proclamations zu Gunsten der Einverleibung in Spanien gemacht. Die spanische Regierung wird, der ministeriellen „Correspondencia“ zufolge, in Kurzem den Mächten die Annahme dieser Einverleibung anzeigen. Der Anfang des Zurückgreifens europäischer Staaten in amerikanische Verhältnisse ist das erste folgenreiche Ereignis nach der Zersplitterung der nordamerikanischen Union.

Die „Correspondencia“ meldet ferner: „Man sagt, daß, nach dem auf die Angelegenheiten Domingo's bezüglichen Plane Frankreichs, Spanien sich in dem weißen, Frankreich in dem schwarzen Theile der Insel festsetzen soll.“

Im Laufe dieses Jahres wird die spanische Marine um 6 Schraubenzugkisten ersten Ranges vermehrt werden. In Kurzem wird auch das Antillen-Geschwader um 3 oder 4 Kriegsschiffe vermehrt. Zwei davon sind bereits abgegangen. Die dort versammelte Seemacht ist stärker als die der Vereinigten Staaten.

Rußland.

Aus dem Königreich Polen, 3. Mai. [Falsche Gerüchte. — Zur Bauernemanzipipation.] Wie sich aus den Berichten mehrerer verhafteter Individuen ergibt, hatte man die Massen mit der Aussicht auf die Ankunft Garibaldi's zu verlocken gesucht und dessen Eintreffen mit 18,000 Mann für Anfang Mai angelegt. So erschien z. B. in Kielce eine Witwe vor dem Kreische, um ihren einzigen Sohn, den man beim Tumulte verhaftet hatte, loszubitten, und äußerte, daß ihr Sohn zwar zum 3. Mai durch den „Prinzen Gara Balda“ (wörtlich) befreit werden würde, allein es dauere ihr doch bis dahin zu lange, die Arbeit bleibe liegen und ihre Wirtschaft leide dadurch zu sehr. Die Verhaftung hatte am 11. April stattgefunden. Von Unruhen in Wolskyn, Kiew u., von denen namentlich pariser Blätter fabeln, ist keine Rede, und wären wohl nur dann in Litauen Unruhen unter den Bauern gegen ihre meist polnischen Herren zu erwarten gewesen, wenn diese Anstalten gemacht hätten, gegen die Regierung aufzutreten. In Schaul, einem litauischen Städtchen, wurden eines Sonntags beim Ausgange aus der Kirche mehreren polnischen Edelknechten durch ihre eigenen Bauern die Trauerabzeichen, noch ehe das Verbot der Regierung dagegen erlassen war, abgerissen. — Die frühere Dankbarkeit der Russen gegen Alexander II. wegen Aufhebung der Leibeigenschaft zeigt sich in eifriger Weise. Bis jetzt sind nach einer gestern aus Petersburg erhaltenen sichern Privatnachricht im Reiche nicht weniger als 184 Kapellen und Kirchen bestimmt, nach des Kaisers Namen genannt zu werden, und zum Theil sind sie schon in Bau gegeben. Auch haben die Gemeindeverbände eine Generalbank zu stiften beschloffen, aus der die unbemittelten Bauern die ihnen zur Freikaufung fehlenden Summen gegen vier Prozent entnehmen können. Es sind bereits 18 Millionen Silberrubel gesammelt und mehrere Gouvernements haben zusammen dem Kaiser außerdem zehn Millionen angeboten für den Fall eines Krieges gegen Frankreich oder sonstige Feinde. Jetzt, wo der russische Bauer weiß, daß er selbst und seine Habe nicht mehr unbedingt Eigenthum seines Herrn ist, rückt er auch mit seinen Schätzen heraus, und Millionen, die lange dem Verkehr entzogen müßig in Winkeln verborgen lagerten, kommen allmählich zum Vorschein. (Pos. 3.)

Warschau, 3. Mai. Die Nachricht wegen des Austritts des Ministers Fürsten Gortschakoff hat sich bis jetzt noch nicht bestätigt. Bewahrheitet sich die früher von verschiedenen Blättern gebrachte Mittheilung in Betreff der Coalition zwischen Rußland und Oesterreich, dann wird auch die Bestätigung dieses Austritts nachkommen, vielleicht auch vorausgehen. Nach einem „on dit“ soll aber der Fürst Statthalter nach eingetretener Pacificierung Polens, wie er dies selbst ausgesprochen, ernstlich Willens sein, sich ins Privatleben zurückzuziehen, und so erhält sich auch die Ansicht, daß der Graf Wielopolski an seine Stelle treten dürfte. (Pos. 3.)

Amerika.

[Die Deutschen jenseits des Oceans.] Die „San-Francisco-Abend-Post“ Nr. 75 vom 9. März enthält folgenden Artikel: Der Turnverein zu Chicago hat folgenden Beschluß gefaßt: In Anbetracht, daß eine deutsche Compagnie in Charleston, zur Ehre des deutschen Namens, sich freiwillig erboten hat, gegen die Union und für die Sklaverei zu sechten, und uns dadurch die Schamröthe in die Wangen treibt, wird beschloffen: daß wir Bürger der Vereinigten Staaten von deutscher Abkunft, diesen Schandfleck auf den Namen unserer Nation tilgen wollen, so weit wir es können, und daß wir deshalb eine freie, unabhängige Wägen-Compagnie zu bilden gedenken, die bereit ist, wenn es nöthig wird, mit Gut und Blut für die Union einzustehen und gegen die Ausbreitung der Sklaverei zu sechten. Dieser Beschluß gereicht den Turnern in Chicago zur Ehre und verdient Nachahmung. Wenn in gewöhnlichen Zeiten die wahren Freunde der Turnvereine ihnen rathen, von der Politik als solche fern zu bleiben, so fällt dies natürlich jetzt fort. Wozu nützt die Ausbildung des Geistes und Körpers, wenn die dadurch erlangten Kräfte nicht dem in seiner Freiheit bedrohten Vaterlande zu Gute kommen sollten? Würde es nicht wenig, in Washington mit gewaffneter Hand die Republik zu retten, so dürften dabei die tapfern Turner nicht fehlen.

Provincial-Beitung.

Breslau, 7. Mai. [Tagesbericht.]

1. Außerem Bernehmen nach ist eine allerhöchste Kabinettsordre an die sämtlichen Oberpräsidenten des Staats ergangen, worin dieselben aus Anlaß der Thronbesteigung Sr. Majestät des Königs Wilhelm I. aufgefordert werden, Vor schläge zu Auszeichnungen und Beförderungen einzubringen.

2. Die aus dem evangel. Kirchenblatt in die Bresl. Ztg. übergegangene Notiz in Bezug auf die am Himmelfahrtstage zu haltenden Festen ist dahin zu berichtigen, daß in der Hofkirche: Vorm. Cand. Schiedewitz und Nachm. Cand. Rudolph predigen werden.

3. Der königl. Baumeister Herr Lüdecke hat auf 7 Blätter sehr kunstvoll ausgeführte Zeichnungen des Rathhauses und einzelner Theile desselben angefertigt. Diese sehr sauberen und getreuen Zeichnungen sind für künftige Renovationen von großem Werth, deshalb beabsichtigt der Magistrat, dieselben, welche zu einer Sammlung von 12—14 Blättern vervollständigt werden sollen, eigenthümlich zu erwerben (der Preis pro Blatt ist 30 Thaler) und in dem Rath's-Archiv aufzubewahren. Die Stadtverordneten-Versammlung war hiermit einverstanden, und bewilligte die Kaufsumme von 420 Thaler (für 14 Blätter).

Endlich wird der erste Schritt zur Errichtung eines 2ten Wasserhebwerkes geschehen. Der berühmte Ingenieur Herr Moore soll die hierzu nöthigen Vorarbeiten ausführen. Auf Antrag des Magistrats bewilligten die Stadtverordneten gestern hierzu 700 Thaler.

Die beiden Elementarschulen Nr. 8 und 10 (auf der Klingel- und Schulgasse) sind in den unteren Klassen außerordentlich überfüllt. Es wird demgemäß, um diesem Uebelstande abzuwehren, von dem Magistrat vorgeschlagen, die unteren Klassen der Art zu theilen, daß als

unterste noch eine 4. Klasse errichtet wird, in welcher Kinder von 6 bis 8 Jahren den ersten Unterricht erhalten, um dann in die 3. aufzusteigen. Der Unterricht wird in der 4. Klasse nur Nachmittags, während 3 Stunden, und in der dritten Klasse nur Vormittags, während 4 Stunden, erteilt. Die Stadtverordneten-Versammlung erteilte zu diesem Vorschlage gestern die Zustimmung, und bewilligte die Gelder für Anstellung zweier Elementarlehrer mit einem Gehalte von jährlich 230 Thaler für jeden, weil aber diese Einrichtung nur als ein Provisorium betrachtet wissen.

Die Prämien, welche die Stadt für die im Leihhause aufbewahrten Pfänder pro 1860 an die Feuer-Versicherungs-Gesellschaften zu zahlen hat, sind so hoch gestiegen, daß zu der etatsmäßig ausgelegten Summe noch 283 Thaler nachbewilligt werden mußten. Die Stadtverordneten sprachen gestern bei dieser Nachbewilligung den Wunsch aus, die Verwaltung möge die Versicherung auf möglichst viele Gesellschaften vertheilen. (Es war bekannt geworden, daß bei einer Gesellschaft allein Pfänder im Werthe von 130,000 Thlr. versichert seien.)

Der Haupttheil des neuen Stadthauses soll bekanntlich nächstes Jahr vollendet und eingerichtet werden. Gleichzeitig soll auch die Umpflasterung der westlichen und nördlichen Seite des Ringes im Jahre 1862 ausgeführt werden.

Bei Bewilligung einiger monatlichen Unterstüzungen für invalide gewordene städtische Unterbeamte (Nachtwächter) wurden Uebelstände, die sich im Nachtwachtdienst in einigen Bezirken der Stadt herausgestellt haben, zur Sprache gebracht. Es wurde namentlich darüber geklagt, daß die, einzelnen Nachtwächtern zur Ueberwachung angewiesenen Bezirke zu groß wären, als daß sie dieselben mit Erfolg übersehen könnten, auch scheint die Controle nicht streng genug ausgeführt zu werden. Die Zahl der Nachtwächter ist neuerdings um 35 vermehrt worden. Der Magistrat wurde ersucht, in Betreff der beregten Uebelstände für Abhilfe zu sorgen.

Einem hiesigen Polizeibeamten ist von den städtischen Behörden eine Prämie von 50 Thaler für die Namhaftmachung eines Brandstifters, so daß dessen gerichtliche Vernehmung und Bestrafung erfolgen konnte, bewilligt worden.

In Folge der warschauer Vorgänge haben viele der deutschen Sprachkundige Studierende aus der polnischen Hauptstadt sich hier eingefunden, um an der hiesigen Universität der Fortsetzung ihrer Studien obzuliegen. Das nächste Personalverzeichnis unserer Hochschule dürfte also eine nicht unbedeutende Anzahl Studenten unter der Rubrik: „Ausländer“ nachweisen.

[Turnnachrichten.] Bei nur irgend wärmerer Witterung wird das öffentliche Turnen seinen Anfang nehmen, und zwar werden Montag und Donnerstag die Realschule I. Ordnung am Zwinger und zum h. Geist, Dienstag und Freitag das königl. katholische (Matthias-), das königliche Friedrichs-Gymnasium und das königl. katholische Seminar, Mittwoch und Sonnabend das städtische Elisabeth- und Magdalen-Gymnasium turnen. In diesem Sommer wird nun den Ministerialanordnungen vom September v. J. in soweit nachgekommen werden, als denjenigen Schülern, welche nicht an den Turngeräthen turnen, und früher dispensirt wurden, Frei- und Marchübungen unter dem Commando eines Lehrers machen werden. Im Uebrigen ist der Anhang zu diesen Freiübungen kein so großer, als erwartet wurde. Die Zahl der willigen Turner an Geräthen ist auch gestiegen, und so glauben wir sicher, daß der Sinn für Turnerei mehr und mehr erwachen wird. Auch das Turnen der Volksschulen soll eifrig betrieben werden. Natürlich werden nur die Schüler der oberen Klassen, welche das zehnte Jahr erreicht haben, an diesem Zweige der Nationalerziehung theilnehmen können. Im Uebrigen dürfen wir nicht unerwähnt lassen, daß in früheren Jahren auch schon Elementarschüler auf den Wunsch ihrer Eltern auf dem öffentlichen Turnplatz in besonderen Riegen mitgeturnt haben. Die städtischen Waisenturnen ebenfalls auf demselben Plage. Advocat Freiübungen müssen wir bemerken, daß nicht allein die Turnturner, sondern auch die Geräthturner solche in dem Stundenplane und täglich geübt haben, wie dies das vorjährige Turnfest zur Genüge dargethan hat. — Der Turnverein turnt bis jetzt noch in dem Finkenrieden Saale, bald wird er auf dem öffentlichen Turnplatz nach Beendigung des öffentlichen Turnens seine Uebungen abhalten. Erfolgreich ist es, melden zu können, daß die Teilnahme daran eine immer regere wird; im vorigen Monat sind allein, wie wir hören, 40 neue Mitglieder durch den Vorstand aufgenommen worden. Im Laufe des Sommers werden von dem Turnvereine mancherlei Turnfahrten gemacht werden, um Dauerläufe zu machen, coupirte Terrains zu durchstreifen, zu durchsuchen, Freiübungen zu machen u. — Das deutsche Turnfest in Berlin wird nun bestimmt am 13., 14. und 15. Juli stattfinden. Das Programm dazu ist, soweit es bis jetzt bestimmt wurde, folgendes: Am 13ten Grundsteinlegung zum Denkmale Jahn's, Nachmittags Turnfest in den Grunewald; 14. Nachmittags Schauturnen; am 15. Turnberatung, Abends Festvorstellung in einem noch zu bestimmenden Berliner Theater.

M. Gestern wurde an 10 Schülerinnen der Hospitalschule zum heiligen Grabe, Gartenstr. 23, das Legat der verst. Frau Stadtrath Pulvermacher vertheilt. Nach einem mit Orgelbegleitung gesungenen Chorale hielt Herr Ecclesiast Kutta eine Ansprache an die Kinder. Nachdem auch Herr Stadtrath Pulvermacher einige tiefbewegte Worte an die Kinder gerichtet, wurde die Feier mit Choralgesang geschlossen. Jedes der Kinder hatte ein schwarzweißes Kleid, weißen Kragen, 2 Paar Strümpfe und 2 Hemden erhalten.

* Fortuna zeigt sich bei der diesmaligen Lotteriezählung unserm lieben Schiefen etwas freundlicher. An dem bekanntlich nach Liegnitz in die Collecte des Hrn. Schwarz entfallenen 100,000er ist sicheres Vernehmen nach auch ein hiesiger reicher Kaufmann mit einem Viertellose theilhaft. Der im gestr. Mittagsblatt angezeigte Hauptgewinn von 20,000 Thlr. fiel dem Nestor aller preuß. Lotterien-Einnehmer, Hrn. Moses Böhm in Breg, zu, der bereits seit 1805 im Besitz der Collecte ist. Mehrere 5000er verbreiten den Sonnenschein des Glücks in weiteren schlesischen Kreisen. Ein Gewinn von 10,000 Thlr. wandert jedoch von hier nach Berlin zurück, da das betreffende Loos von einem hiesigen Agenten an einen dort ansässigen Hauptmann a. D. abgekauft ist.

—bb— Der Wasserstand in unserer Oder ist ein günstiger geworden. Seit Sonnabend ist das Wasser um 1 Fuß und 4 Zoll gewachsen, und ein weiteres Anschwellen des Stromes wird erwartet. Troßdem der Wasserstand in den letzten Tagen ein nicht allzu günstiger war, bewegte sich der Schiffsahrts-Verkehr ziemlich lebhaft. Von unterhalb kam (stromaufwärts) eine nicht unbedeutende Zahl Schiffe (meist mit Salz beladen) hier an, während von oberhalb ununterbrochen namentlich Holzflöße und Schiffe hier eintrafen.

Das beliebte Friedrich'sche Etablissement auf dem Mauritiusplatz Nr. 4, welches als ständiges Sommerlokal von verschiedenen Privatgesellschaften z. B. dem Verein junger Kaufleute, der Lätitia u. a. benutzt wird, hat eine angemessene Renovation erfahren. Der aufstrebende Garten ist nach Osten zu mit einer geschmackvollen Colonnade, welche Schweizer-Ansichten zieren, versehen worden; außerdem hat der strebsame Wirth neue Bosquet angelegt, die Gänge mit frischem Sand streuen lassen und überhaupt Alles aufs Beste zur Aufnahme seiner Gäste, die namentlich bei der nahe bevorstehenden Warmperigen-Brüder-Kirmes und dem 600jährigen Jubiläum der Mauritius-Kirche nicht ausbleiben dürften, eingerichtet. — Wie wir hören, wird diesen Sommer wahrscheinlich eine Militär-Kapelle an einigen Tagen der Woche in den anmuthigen Gartenräumen concertiren.

—bb— Gestern Abend zwischen 6—7 Uhr sammelte sich in der Nähe der Elisabethkirche eine Menge Zuschauer an, die eine Lusterscheinung in Augenschein nahen. Von welcher Art die Lusterscheinung (manche sprechen sogar von einer Luftspiegelung) war, hat Referent leider nicht erfahren können. —bb— Schon seit längerer Zeit war darüber gellagt worden, daß Spaziergänger durch lächerliches Gekind, welches sich namentlich auf dem Damme zwischen der Hundsfelder- und Trebnitzer-Chaussee herumtrieb, belästigt würden. Um dem ein Ende zu machen, wurde gestern Nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr in jener Gegend durch eine ausreichende Zahl von Sicherheitsbeamten ein Streifzug unternommen, der denn auch das glückliche Resultat hatte, daß eine ziemlich Anzahl dieser Herumtreiber, männlichen sowie weiblichen Geschlechts, aufgefangen und in sicheren Verwahrung gebracht wurden. — Wüchse doch ebenso energisch einem anderen Uebelstande abgeholfen werden, der freilich nicht durch Sicherheitsbeamte (sonst wäre er gewiß schon beseitigt), sondern durch endliche Ausführung eines schon längst beschlossenen Projekts entfernt werden kann. Der Graben, der von der 11000-Zugfrauen-

Kirche und ein anderer, der von dem poln. Bischöfe herkommt, sich bei der Rosenthaler-Barriere zu einer großen stinkenden Lache sammelt, über welche eine ziemlich kostspielige hölzerne Brücke führt, und dann den Lauf bis zur Schöner-Steuers-Barriere fortsetzt — verpöthet die ganze Umgebung in ihrer weiten Ausdehnung. Wenn wird die Damm-Regulirung endlich so weit sein, daß dieser so beschwerliche Gast entfernt werden können?

* Zur Warnung! Gestern kam ein Mauergerfell aus Dambritsch, Kr. Neumarkt, hier an, in der Absicht, mit seinen Erparnissen nach Amerika überzufahren. In einem Gasthause traf er mit einer Spielergesellschaft zusammen, die ihm wohl abmerken mochte, daß bei ihm etwas zu holen sei. Es hielt nicht schwer, den harmlosen Fremden zur Theilnahme an einem Kartenspiel zu bewegen, bei welchem er anfänglich alle Partien gewann, hinterher aber fast seine ganze Baarschaft im Betrage von 103 Thlrn. verlor. Betrübt wanderte der Geringe nun nach dem niederschläg. Bahnhofe, um statt nach Amerika wieder nach Dambritsch zu reisen. Auf dem Bahnhofe vertraute er aber sein Schicksal dem anwesenden Gendarmen an, der ihn veranlaßte, seine Rückkehr vorläufig zu versagen und ihm (dem Gend.) zur Ermittlung der fauberen Gesellschaft beizustehen. Schwierig dürfte jedoch unserem passionirten Auswanderer die Wiedererlangung des eingebüßten Geldes gelingen, so sehr es ihm zu wünschen ist.

✂ Gölitz, 6. Mai. [Unglücksfall. — Stenographie.] In der unmittelbaren Nähe des Bahnhofes wurde heute Nachmittags 4½ Uhr der an der glogauer Zweigbahn angestellte Ingenieur Aschermann vom Berliner Perlenzuge überfahren. Der Verunglückte war seit einiger Zeit wegen Geisteskrankheit hier in ärztlicher Behandlung und kam heute auf einem Spaziergange mit seinem Wärter an die geschlossene Barriere. Als der Zug nur wenige Schritte noch von derselben entfernt war, übersprang er dieselbe, legte sich quer über die Schienen und hielt diese mit solcher Gewalt fest, daß der ihm auf dem Fuße nacheilende Wärter nicht im Stande war, ihn los zu reißen. Der Tod war ein augenblicklicher, da die Räder der Maschine den Kopf des Unglücklichen zermalmeten. — In neuerer Zeit entwickelt sich bei uns für die Stenographie ein sehr reges Leben. Herr Lehrer Girbig, der diese Kunst hierher verpflanzte und mit Umsicht, Geschick und vielem Erfolge lehrt, hat bereits mehrere Curse errichtet. Auch hat sich schon ein Stenographen-Verein constituirt, dessen Vorsitz der, viele Jahre hindurch bei den preussischen Kammerverhandlungen praktisch beschäftigte Stenograph, Herr Stadt-Hauptkassen-Buchhalter Mohr führt.

H. Hainau, 5. Mai. [Tageschronik.] Unser, am Donnerstag und Freitag abgehaltener Frühjahrsmarkt mußte durch die Ungunst des Wetters ebenso ungünstig auf Käufer und Verkäufer einwirken. Von ebenso geringer Bedeutung war der Viehmarkt, wo bei sehr geringer Stückzahl, namentlich den Pferden gegenüber, schwache Kauflust sich zeigte. Bedeckter Himmel, kalte Nordwestwinde und gar nicht schwache Nachtröste: so ist seit Wochen der Witterungsverlauf. Nach einer kalten Nacht, zeigte das Thermometer früh vor 6 Uhr — 4° R., am Freitag Morgen unseren Blicken eine nach Zollen zu messende Schneedecke, und Referent fand in einem Zinnesse fünf der jungen Säger vom Froste getödtet. Seit gestern Nachmittags heftiger, doch nicht warmer Regen. — Der Commune ist in diesen Tagen aus Gölitz die überaus erfreuliche Nachricht zugegangen, daß der daselbst verstorbenen Major v. R. nahe ererbter leibwillig 8000 Thlr. mit der Bestimmung zugewiesen hat, von diesem Kapital und den daraus sich ansammelnden Zinsen ein städtisches Krankenhaus zu errichten; in welcher Angelegenheit der Magistrat gegenüber der Stadtverordneten-Versammlung unabhängige Beschlüsse zu fassen haben soll. Obgleich nach dem Wortlaute des Testaments des ersten Wohlthäters, welcher vor ca. 20 Jahren als Prem.-Lieut. bei den Kürassieren hier domicilirt, und die Tochter eines hiesigen früheren Postmeisters, v. Brakler, als kinderlose Wittwe hinterlassen, gedachtes Kapital erst nach dem Tode derselben der Commune zu fallen soll, so will man, bezüglich einer theils der Commune zu gehörenden noch umfangreichen Sicherstellung, gegen Zinszahlung eine frühere Ueberweisung zu erzielen suchen, um mit einem Theile des in ansehnlicher Höhe sich befindlichen Reservefonds der hiesigen Sparkasse mit höherer Genehmigung sofort mit Anlegung resp. Vergrößerung eines Kapitalstodes für oben erwähnten Zweck vorgehen zu können.

E. Hirschberg, 5. Mai. [Wochenbericht.] In militärischer Beziehung kann ich Ihnen die theilweise erteilte Mittheilung machen, daß unser Ort nun definitiv als „Garnisonsort“ festgesetzt und deshalb dem Magistrat bereits die betreffende amtliche Mittheilung gemacht worden ist. — Die Herren Kaufleute Gringmuth und Kleinert sind von der Schöngilde, ersterer als Major, letzterer als Adjutant, für die nächsten 3 Jahre erwählt worden, nachdem die Herren Justizrath v. Münstermann und Rechts-Anwalt Fischer diese Ehrenämter niedergelegt hatten. — Gestern ereignete sich hier ein sehr betrübender Unglücksfall. Gegen 6 Uhr Nachmittags fand man in der Wohnung des Subaltern-Beamten des hiesigen Kreisgerichts R. dessen Frau, mit dem Oberkörper in der Wassertonne stehend, ertrunken, während das 7jährige einjährige blühende Söhnlein, durchstach auf dem Bette in der Stube liegend, todt vorgefunden wurde. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Da man den munteren Knaben noch kurz vorher hatte mit dem Ball spielen sehen, der in dem Wasserbehälter später aufgefunden wurde, so ist nach andererseits Lage der Unternehmung anzunehmen, daß derselbe unvorsichtiger Weise in erwählte Sonne gefallen und von der Mutter todt herausgezogen worden, auf das Bett in der Stube gelegt und darauf von ihr selbst in einem erklärlichen Anfälle von Verzweiflung der bedauerliche Schritt zum freiwilligen Tode gemacht worden ist. — In Reibitz wurde im Bache ein Kind zerflüßelt aufgefunden; die bereits eingeleitete Untersuchung ist bis jetzt erfolglos.

J. Kanth, 5. Mai. Die Erweiterung des evangelischen Schulhauses soll nun bald in Angriff genommen werden, nachdem das Dominium zu Schönitz von der Verwaltungs-Behörde verpflichtet worden ist, den betreffenden Beitrag zum Bause zu leisten. Doch ist der Weg, den die Schulkinder von dort nach der Stadt zu passieren haben, jetzt in der That ein lebensgefährlicher, sowohl vom Berge herab, als auch bei der Mühle vorbei. Wir wundern uns nur, daß dies noch keine, die öffentliche Sicherheit überwachende Person wahrgenommen hat.

e. Neumarkt, 5. Mai. Die Actionäre der hiesigen Speise-Anstalt beschlossen Anfang vorigen Monats, einen Theil des Betrages dieser Actien, welcher zurückgezahlt werden soll, ca. 200 Thlr. zur Gründung eines „Vorschuß-Vereins“ zu verwenden. Der Vorsteher dieser Anstalt, Stadtverordneter-Neufelder, Justiz-Rath Voegel, erließ deshalb im hiesigen Stadtblatt unter Erläuterung des Zwecks eine Aufforderung an alle Bürger des Orts, sich in einer anberaumten Versammlung dem beabsichtigten Vorschußverein, welcher hilsbedürftigen Handwerkern und Gewerbetreibenden zinslose Darlehen gewähren sollte, anzuschließen. In dieser Versammlung erschien aber Niemand von denen, für welche dieses wohlthätige Institut projectirt war, und wurde daher unter der Annahme, daß ein derartiger Verein hierorts nicht Bedürfnis sei, von der Gründung desselben abgesehen. — In der Nacht vom 2. zum 3. d. brannte ein großer Schuppen der städtischen fogenannten Rüstschloßes Ziegelei hier ab; da in derselben jetzt nicht gearbeitet wird, kann dieser Feuer nur durch rußlose Brandföhren entstanden sein. — Der hiesige Mai-Jahrmarkt am 1., 2. und 3. d. M. war des fortwährenden Regens und Schneegestöbers wegen von Käufern wenig besucht. — Gestern ist das ganz nahe an hiesige Stadt angrenzende Rüttgerd Flämschdorf für den Kaufpreis von 160,000 Thlr. an einen medlenburger Outsbefitzer übergegangen.

A. B. Wüstewaltersdorf, 5. Mai. Nachdem bereits im vorigen Sommer unter Leitung des Hrn. Hilfslehrer Reichert an Geräthchaften im Gehöfte der Fabrik mit einigen Knaben am hiesigen Orte ein Anfang im Turnen gemacht worden war, haben nun die Vorsteher des hiesigen Waisenhauses, die Herren Kaufleute Junke und Thiel und Hr. Pastor Reimann, für die Zöglinge dieses Instituts eine besondere Turnanstalt einrichten lassen. Hr. Reichert, an der hiesigen Kommunalsschule angestellt, hat die Führung des Unterrichts gegen ein angemessenes Aequivalent übernommen.

Δ Reichenbach i. Schl., 6. Mai. [Gustav-Adolf-Frauenverein. — Turnverein.] Der reichenbacher Gustav-Adolf-Frauen- und Jungfrauen-Verein hat im Jahre 1860 folgende Resultate erzielt: die Einnahme betrug 142 Thlr. 26 Sgr., die Ausgabe 138 Thlr. 26 Sgr. Für Unterstüzung resp. Bekleidung armer Confirmanden wurden verwendet: 67 Thlr. 26 Sgr. 3 Pf., die evangelische Gemeinde in Neumarkt (Bairn) wurde zur Anschaffung einer Orgel mit 20 Thlr., die evangelische Schule in Ziegenhals, beaufs innerer Ausstättung mit 15 Thlr., die laibacher Gemeinde zur Anschaffung des Friedhofes mit 12 Thlr., die Gemeinde zu Reichthel durch eine Agende im Werthe von 5 Thlr. bedacht. Die nothwendigen Verwaltungskosten des Vereines betrugen 19 Thlr. 1½ Sgr. — Der Turnverein, welcher erst vor kurzer Zeit hier begründet worden ist, erfreut sich einer verhältnismäßig regen Theilnahme, da er bereits circa 40 Mitglieder

zählt. Mit Eintritt wärmerer Witterung werden die Übungen im Freien abgehalten werden. — Ein Stenograph hat jetzt hier einen Unterrichts-Cursus der Stenographie nach Stolze eröffnet.

Natibor, 5. Mai. [Meteorologisches.] Die Abnormität der gegenwärtigen Witterung wird endlich Beforgnis erregend, denn die verderblichen Einflüsse derselben auf die ganze Vegetation machen sich schon durch erhöhte Nahrungsmittelpreise fühlbar. Ein solcher Rückfall der Kälte nach vorhergegangener warmer Witterung gehört glücklicherweise zu den selteneren Erscheinungen. Vermuthlich ist derselbe Witterungscharakter über eine große Erdstrecke, vielleicht über ganz Europa verbreitet; die konstanten Nordwinde sprechen für diese Annahme. Dore's Untersuchungen des thermischen Witterungsanges für den Zeitraum von über hundert Jahren an mehr als neuhundert Stationen haben unwiderleglich bewiesen, daß alle erheblichen Abweichungen der Temperatur nicht vereinzelt auftreten.

Vielfache Beobachtungen haben ferner ergeben, daß Witterungsgegenstände stets seitlich nebeneinander liegen. Nordamerika und Europa stellen in der Regel einen solchen Gegensatz dar, daß ein bei uns strenger Winter dort mild ausfällt und umgekehrt. In Europa folgt also ein kaltes Frühjahr vorzugsweise dann einem milden Winter, wenn in Nordamerika der Winter streng war. Unser letzter Winter war mild eine Folge vorherrschender Süd- oder Äquatorialwinde über Europa dem Pole zu. Ganz sicher hatte Nordamerika in derselben Zeit vorherrschende, dem Äquator zuleitende polare Luftströmungen. Die kalte Luft dieser hat die Wärme jener erniedrigt, der im Februar und März über uns wehende Äquatorialwind ist von dem als Nordwest einfallenden kalten polaren Luftstrom durchbrochen und verdrängt worden, — daher der Nachwinter in Europa. — So lange der jetzt dominierende Nordwind nicht wieder von einem entgegengesetzten Luftstrom verdrängt wird, so lange behalten wir rauhes Wetter.

(Notizen aus der Provinz.) * Görlitz. Wie unser „Tageblatt“ meldet, beschäftigen die hiesigen Behörden, daß Droschenwesen eine Regelung zu unterwerfen. Es sollen nämlich die Wagen derjenigen Droschenbesitzer, welche auf die Vorlagen des Magistrats eingehen wollen (denn gezwungen können dieselben dazu nicht werden), nicht bloß, wie bisher, sich in größerer Zahl auf dem Bahnhofe bei Ankunft der Züge vorfinden, sondern zu jeder Zeit an vorgeschriebenen Plätzen der Stadt. Ferner soll der Preis für die Droschen und deren Fahrzeit nicht bloß innerhalb des Stadt- und Schatzkammer-Bezirks, sondern auch für die jenseits desselben gelegenen näheren Partien genau fixirt werden. — Am 5. Mai feierte der hiesige, aus einigen zwanzig Mitgliedern bestehende Schachklub, in seinem Vereins-Lokale in Felds Kaffeegarten sein fünftes Jahresfest durch ein Souper. Herr Dionysius Segeff, der Vorsitzende des Vereins, hielt eine heitere Festrede, welche viel allgemeiner Anerkennung erfuhr. — Wie man hört, sollen die Polizeibeamten statt des früheren umgekehrten Regels auf ihren Helmen einen Hingenden Adler als Zierde erhalten. — Wegen mehrfacher störender Vorfälle, welche auf den Bahnhöfen dadurch sich ereigneten, daß bei Abgang und Ankunft der Bahnzüge die mit Einschmieren der Räder-Rasten beschäftigten Unterbeamten durch das Niederbeugen nach den Rädern (weil die Perrons eine solche Höhe hatten, daß man gleichen Fußes beim Einsteigen in die Waggonen treten konnte, ohne erst den Tritt der Wagen zu berühren) ein Unglück nahmen, werden die Perrons auf dem hiesigen und foblfurth Bahnhöfen bedeutend erniedrigt, so daß man erst die Tritte der Wagen besteigen muß, ehe man vom Perron einsteigen kann.

+ Sagan. Am Vortage brannten zu Dittersbach, hiesigen Kreises, der Schafstall und zwei Scheuern des Dominiums, so wie das Wohnhaus eines Bauern, das Stallgebäude, die Scheuer und das Giebelhaus nieder. Es fanden in den Flammen 297 Schafe den Tod, so wie eine große Masse Futter- und Getreidevorräthe nebst Mobiliar verbrannte.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

[Deutscher Handelstag.] Nach aus Heidelberg zugehenden Mittheilungen ist dasselbst am 3. Mai die vorbereitende Commission für den deutschen Handelstag im Museum vorm. 9 Uhr in feierlicher Weise eröffnet worden. Es waren 15 Handelskammern vertreten, doch fehlten noch bei derselben die Deputirten von Wien, Leipzig und Frankfurt, die in den nächsten Tagen eintreffen werden. Die großherzoglich badische Regierung war durch einen Director im Handels-Ministerium vertreten, und hatten sich auch die Koryphäen der Wissenschaft, Mittermaier, Rau, Mohl, Häußer, Goldschmidt und Bickford eingetunden. Die Versammlung hielt sich mit Formalitäten nicht lange auf. Der Vorsitzende der heidelberg Handelskammer, Hühaupt, begrüßte die Versammlung und wurde darauf von derselben zu ihrem Präsidenten erwählt. Die vorliegenden Anträge wurden nach ihrer Wichtigkeit in drei Abtheilungen klassifizirt. Die erste Klasse umfaßt die wichtigsten und dringlichsten, und zwar 1) die Einrichtung des allgemeinen deutschen Handelstages, seine Verfassung, Wiederkehr und dauernde Vertretung; 2) die Einführung von gleicher Münze, Maß und Gewicht für ganz Deutschland; 3) Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches, die Verwaltung und Gesetzgebung betreffs der deutschen Eisenbahnen; 4) die Weiterausdehnung und Entwicklung des deutschen Zollvereins; 5) Handels- und Schiffahrtsverträge mit fremden Ländern zur Beseitigung differentieller Behandlung des deutschen Handels und der deutschen Schiffahrt; 6) Aufhebung der Durchgangs- und Schiffahrtszölle. Mit diesen Materien haben sich die Plenarversammlungen zuerst zu beschäftigen. Dr. Weigel aus Breslau motivirte darauf die auf Nr. 1 bezüglich Vorschläge der breslauer Handelskammer. Dieselben wurden mit einzelnen Modificationen angenommen und das Referat darüber einer Special-Commission, bestehend aus den Herren Weigel, Hüter, Goldschmidt und v. Lengert übertrugen. Am 4. Mai fand sodann die Beratung über Nr. 2 der ersten Klasse der Vorschläge (gleiche Münze, Maß und Gewicht in Deutschland) statt. Dr. Stöber begründete den Antrag in Betreff auf gleiches Maß und Gewicht. Die Behandlung der Frage wegen der gleichen Münze wurde bis zum nächsten Montage vertagt. Hierauf wurde noch die provisorische Geschäftsordnung für den ersten deutschen Handelstag eingestelt und der oben genannten Special-Commission zur abschließlichen Redaction überwiesen.

* Aus dem Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg entnehmen wir Folgendes:

2. Die Baumwollen-Industrie.

(Fortsetzung.)

Die Waarenfabrikation anlangend, so sind die Stoffe dieselben geblieben wie früher, und fanden die Handwerker, ausgenommen bei der Kattunweberei, ihre ziemlich ausreichende Beschäftigung; jedoch hatten die Fabrikanten in den meisten Fabrikations-Branchen bei den sich so stark häufenden Waaren-Lägern einen sehr schwierigen Standpunkt; ganz besonders häuften sich rohe glatte Kattune an, von denen die Produktion der großen süd- und westdeutschen Webereien sich auch in diesem Jahre fortwährend gesteigert hat, wenn gleich dabei von einem erzielten Nutzen keine Rede sein konnte und im Gegentheil die Preise nur Verlust bringend waren. Daß unter solchen Verhältnissen eine Einschränkung der mechanischen Stühle dort nicht stattfand, ist hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die meisten dieser Webereien mit Spinnereien verbunden sind, welche letztere sich eher in einer günstigen Position befanden und einen Theil ihres Nutzens für die Betriebs-Erhaltung ihrer Webereien um so lieber opferten, als erfahrungsmäßig feststeht, daß ein Einschränkung oder Stillstellen der Arbeit in solch großen geschlossenen Establishments mit noch weit größeren indirekten Nachtheilen verknüpft ist. Das Geschäft in gedruckten Kattunen (Callicos) von Seiten unserer zollvereinsländischen Kattun-Druckereien nach Polen und Rußland, wenn auch auf illegalem Wege betrieben, gerieth vollständig ins Stoden und dadurch hörte auch eine bedeutende Abzugsquelle für rohe baumwollene Kattune auf; es konnte daher nicht fehlen, daß die Preise für dieselben in den letzten Monaten des vergangenen Jahres immer mehr zurückgingen, während Garne eine immerwährend steigende Tendenz behaupteten. — Dies war der Grund, warum auch die in Schlesien befindlichen mechanischen Webereien, welche nicht mit Spinnereien verbunden sind, einen sehr schwierigen Standpunkt einnahmen, und ihre Beschäftigung den größten Verlust für ihre Besitzer mit sich führte. Eine weitere Folge hiervon war, daß dieser Druck sich auch noch weiter, ganz besonders auf die Handwebereien in rohen glatten Kattunen, welche noch hauptsächlich in der Grafschaft Glatz und einigen an Böhmen angrenzenden Distrikten stattfindet, ausgebreitet wurde und dieselben nur bei jammervollen Löhnen in sehr beschränktem Maßstabe sich theilweise fortsetzen konnten. Es steht daher zu wünschen, daß die betreffenden Handwerker, deren Erwerb entschieden für den allernothwendigsten Lebensunterhalt nicht ausreichend ist, sich beschäftigen müssen, einer anderen Weberei zuzugehen, was auch bereits partiell in der reineren Gegend, eben so in einigen Distrikten des waldenburger Kreises der Fall — indem dieselben sich auf Verfertigung bunter Artikel, als farbige Bettzeuge u. eingerichtet haben, welche ein besseres Bestehen ermöglichen.

Für bunte baumwollene Waaren fanden die Weber des hiesigen, so wie der angrenzenden Distrikte, wo selbige gefertigt werden, ziemlich volle Beschäftigung, eben so waren die für diese Artikel eingerichteten mechanischen Webereien in Langenbielau, wenn auch noch dieselben im weiteren Entstehen begriffen sind, in ungestörtem Betrieb. Insgesamt gehen in diesen Eta-

blissements bis jetzt 95 Stühle, worunter sich das eine mit 22 Stühlen für Anfertigung von baumwollenen Hosenzeugen beschäftigt, welche in Muster und Appretur sich ganz besonderer Anerkennung erfreuen.

Der Absatz der bunten baumwollenen Waaren, namentlich schwerer Fächer-Leinwand, war als ein ziemlich befriedigender zu bezeichnen; derselbe beschränkte sich zwar hauptsächlich auf die Zollvereins-Staaten und Hannover, indes wurde namentlich nach Ostpreußen ein ziemlich reges Geschäft gemacht, von wo diese Waaren über die Grenzen nach Polen und Rußland, wenn auch auf illegalem Wege, zum großen Theil ihren weiteren Cours nahmen.

Das Export-Geschäft nach und über Hamburg war, wie in früheren Jahren, ein wenig lebhafter. Dasselbe ist überhaupt mehr periodisch, und verzehren die Zinsen der hierfür eigens angekauften Lager zum großen Theil den kleinen erwachsenden Nutzen.

Von einem bedeutenden Hause wurden auch bedruckte Parachente (Lamas) nicht unerheblich nach Hamburg ausgeführt.

Die Preise, zu welchen die Waaren im Allgemeinen ihren Absatz fanden, waren indes fortwährend sehr gedrückt, und konnte bei der so theuern Fabrikation von einem realen Nutzen fast nicht die Rede sein, indem auch in dieser Branche jetzt eine zu starke Konkurrenz existirt, welche in der Regel eine Ueber-Produktion mit sich führt, die weder dem eigentlichen Consum angemessen, noch zu ihren eigenen Kräften in richtigem Verhältnisse steht, daher es zuletzt nur darauf ankommt, den Absatz der Massen-Waaren durch die äußerste Billigkeit und Herunterdrücken der Preise zu forciren. Die Waaren-Läger, mit welchen die Fabrikanten in diesen Artikeln von dem Jahre 1860 in das Jahr 1861 übergingen, sind ziemlich bedeutend gewesen.

Die Parachent-Fabrikation nahm im Laufe des Jahres — mit wenigen Einschränkungen — ihren ungestörten Fortgang.

Der Absatz dieses Fabrikats war zwar bis zum Spätherbst ein sehr schleppender, wurde jedoch durch den früh eingetretenen Winter in den letzten Monaten des Jahres begünstigt; die bis zu dieser Zeit stark herangewachsenen Läger konnten jedoch im Verhältnisse zu den so hohen Garipreisen nur fast ohne allen Nutzen realisiert werden, und gingen noch mehrere Fabrikanten dieser Branche mit nicht unbedeutenden Beständen in das neue Jahr über.

Die Färbereien, Bleich- und Appretur-Anstalten in unserem Distrikt waren ziemlich beschäftigt, wobei die von auswärts, namentlich von berliner Häusern hereingekommenen baumwollengebe mechanischer süddeutscher Webereien einen Hauptfactor bilden.

Eine der größten Bleich- und Appretur-Anstalten stellte 188,000 Pfund baumwollene Garne fertig gebleicht und 162,000 Stück baumwollene Waaren gebleicht und appretirt her. Derselbe Anstalt wird sich in diesem Jahre auch auf Färberei baumwollener Waaren erweitern, und hat bereits die dazu erforderlichen Bau- und Maschinen-Anlagen fast vollständig bereitgestellt.

Die Preise des zur Baumwollenwaaren-Fabrikation erforderlichen Rohmaterials und Halbfabrikats, als rohe Baumwolle und Zwirne, bewegten sich ziemlich gleichmäßig; in den ersten 3 Monaten behaupteten sie sich auf ihrer Höhe, wichen darauf bis zum Monat September um circa 10 pCt. und stiegen in den letzten 3 Monaten wiederum ziemlich auf die Höhe des zu Anfang des Jahres eingenommenen Standpunktes.

Im Ganzen wurden über das hiesige Haupt-Steuer-Amt zu Schweidnitz in den hiesigen Handelskammer-Distrikt 22,378 Ctr. baumwollene Maschinen-garne (Zwirne) vom Auslande eingeführt; außer diesen können durch Zwischenhandel, so wie Bezug von zollvereinsländischen Spinnereien angrenzend an 8 Millionen Pfund Garne in dem Handelskammer-Bezirk zur Verarbeitung gekommen sein.

Im Allgemeinen ist noch, was den Verkehr auf Messen und Märkten in Stapelartikeln anbelangt, zu erwähnen, daß dieselben immer mehr an ihrer Wichtigkeit und Bedeutung verlieren. Die Messen sinken zum gewöhnlichen kleinen Marktgeschäft herab, und die Märkte in unserer Provinz sind noch kaum lohnend zu besuchen, indem der Kaufhandel die hiesigen Gegend Häuser für Haus mit den benötigten Waaren versorgt resp. solche aufdrängt; daher auch die Schnittgeschäfte in den Provinzialstädten immer mehr an Abzug und Umfang verlieren.

Wenn unser vorstehendes, durch die factische Geschäftsbewegung motivirter Bericht das Resultat ergibt, daß das Jahr 1860 auch für die Baumwollen-Industrie unseres Bezirkes als kein günstiges zu bezeichnen ist, so lassen sich für das Jahr 1861 — leider — eben so wenig erfreuliche Hoffnungen aussprechen, indem die Preise der Materialien sehr hoch verharren, die Production im Allgemeinen nach den geschäftlichen Ausblicken auf Absatz den Consum übersteigt, die Waarenläger fast durchgehend sehr bedeutende zu nennen und die Eingangs dieses Berichts geschilderten störenden Ursachen für eine gedeihliche Entwicklung des Geschäftsganges noch keinesweges entfernt sind!

3. Wollen-Manufaktur und gemischte Gewebe.

Am Schlusse unseres vorjährigen, über diesen Industrie-Zweig erstatteten Jahres-Berichts hoben wir hervor, daß der Absatz mit der ungeschwächt fortgesetzten Fabrikation nicht gleichen Schritt hielt, und sprachen hierbei die Befürchtung aus, daß bei noch weiterer Störung des Verkehrs die Fabrikanten zur theilweisen Einstellung der Arbeit gezwungen sein würden. Wenn gleich diese Befürchtung nicht eintrat, so war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen doch kein zufriedenstellender; denn die durch den ziemlich gleichmäßig erhaltenen Betrieb der Wollen- und Halbwoollenstoff-Industrie in unserem Bezirk erzeugten Fabrikate konnten nur zu sehr erheblich gedrückten Preisen verkauft werden, daß der erzielte Vortheil von sehr untergeordneter Bedeutung blieb. Die Art und die Benennungen der Fabrikate waren denen des Vorjahres gleich. Die Quantität der im Kreise Reichenbach zur Verarbeitung überhaupt gelangten Schaaivolle soll approximativ 2200 Centner betragen haben, wofür Preise von 75 bis 105 Thaler pro Centner angelegt wurden.

Im Vorjahr stand für ordinäre Wolle der höchste Preis nur 55 Thlr. und für feine Wolle 100 Thlr. Hieraus resultirt wie sehr die Fabrikation unter dem Druck der mit den Selbstkosten fast außer allem Verhältnisse stehenden niederen Preisen der Fabrikate zu leiden hatte.

Der Hauptfach der fabrizirten Artikel erfolgte im Inlande und nach den Zoll-Vereins-Staaten, Einiges nur in das Ausland.

Die beiden umfangreichsten Establishments in unserem Bezirk, welche mechanische rein Wollenweberei, dabei aber auch halbwoollene mit Baumwolle, theilweise auch Seide gemischte Kleiderstofffabrikation von vorzüglich schöner und reeler Qualität — glatt und in den geschmackvollsten Mustern betrieben, ihre Wollen- und Seidengespinnste zumeist aus England, andere Garne und die benötigten Materialien zur Färberei, Appretur u. aus den Zollvereins-Staaten beziehen — lagen unter dem Druck der mehrfach bezogenen traurigen Verhältnisse über das unglückliche Resultat, welches ihnen das Betriebsjahr 1860 brachte. Es muß hierbei bemerkt werden, daß die betreffenden Fabrikanten nicht allein mit den nöthigen Mitteln ausgestattet, sondern an Erfahrung, Intelligenz und Fortschrittsbestrebungen — wahrlich feiner — weber in- noch ausländischen Konkurrenz nachstehen.

(Fortsetzung folgt.)

Liverpool, 3. Mai. [Baumwolle.] Die traurigen Nachrichten über Brudertieg und Blockaden in Amerika haben unsern Markt natürlich aufgeregt, und seine steigende Richtung befestigt. Der Advance seit voriger Woche ist $\frac{1}{4}$ d, in einigen Sorten $\frac{1}{2}$ d, geringe Waare bleibt aber unbenutzt, und unser starker Vorrath wird die Steigerung nur langsam vorrücken lassen. Man will und kann noch nicht recht glauben, daß das frevelhafte Treiben in Amerika anhalten wird; jede bestätigende Post hierüber würde aber unsern Markt afficiren, und da es unmöglich ist, das Ende eines solchen unsinnigen Trauerpiels vorauszuweisen, so enthalten wir uns alles Urtheils über die Zukunft unseres Marktes. — Die Ereignisse werden deutlich genug reden. Gestern gingen 25,000 Ballen, heute 15,000 B. um. Die Speculation wirft sich besonders auf die noch relativ billigen Surate. Man bezahlte $\frac{5}{8}$ — $\frac{5}{4}$ d für alte misfarb Dholerah an Platz und auf Lieferung, $\frac{6}{8}$ d für neue Dholerah, $\frac{6}{8}$ d für neue Omra und $\frac{6}{8}$ d für neue Broad. — Schöne Dharwar Savoginned am Platz $\frac{6}{8}$ d werden jetzt viel vom Consum gekauft, da unsere Spinner, die leider schlimme Zeiten haben, zum billigeren Material ihre Zuflucht nehmen. Umgekehrt wurden diese Woche 89,860 Ballen, wovon 23,350 Ballen auf Speculation und 16,460 Ballen zur Ausfuhr.

Unterwegs sind von Amerika 242,000 Ballen gegen 297,000 Ballen voriges Jahr, und von Ostindien 235,931 Ballen gegen 80,336 Ballen voriges Jahr. Brange u. Meyer.

Berlin, 4. Mai. [Wochen-Bericht über Eisen, Kohlen und Metalle von J. Mamroth.] Die allgemeine Stimme bezeichnet den Metallhandel als sehr in Wahrheit aber mangel aller Umfah. Es besteht kein Vertrauen zur Speculation, das Consumtionsgeschäft ist allerdings befriedigend, wird aber leicht gedeckt. Robeisen behauptet; schottisches $1\frac{1}{2}$ Thlr., englisches $1\frac{1}{2}$ Thlr., schlesisches Holzlohlen $1\frac{1}{2}$ und $1\frac{1}{2}$ Thlr. nach Qualität ab Oepeln, und Coats-Rohbeisen $1\frac{1}{2}$ Thlr. käuflich. — Eisenblech unverändert im Detail; schlesisches $4\frac{1}{2}$ Thlr., seine Sorten $4\frac{1}{2}$ Thlr., Stahlfabrikate $5\frac{1}{2}$ Thlr., geschmiedet $4\frac{1}{2}$ — $5\frac{1}{2}$ Thlr. pr. Ctr. — Alte Eisenbahn-Schienen. Bei Partien $1\frac{1}{2}$ Thlr. Cassa; zu Bauzwecken $2\frac{1}{2}$ — $2\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt. Blei eher unterm früheren Werth käuflich. Notirungen: $6\frac{1}{2}$ Thlr., harzer $7\frac{1}{2}$ Thlr., spanisches bestes $8\frac{1}{2}$ Thlr. der Ctr. — Vancasinn gefragt

und nicht leicht unter 44 Thlr. für gegenw. Ref. zu kaufen, im Detail 45 Thlr. Zink fest u. unverändert, loco im Detail 6 Thlr. bez. Kupfer. Die Zufuhren überflügeln den Begehr, der jedoch auf blieb; die offerirten Partien gehen allmählig in Consum über. Notirungen: Bafchfow 40 Thlr., Demidoff und Cavall 35 Thlr., englisches, amerikanisches, australisches und schwedisches 32 à 34 Thlr. der Centner nach Qualität, kleine Partien 1 Thlr. p. Centner höher gehalten. — Kohlen. Endlich haben wir denn auch eine starke Flotte von Ladungen englischer Kohlen herankommen, so daß das bisher wegen mangelnder Zufuhren beschränkte Geschäft ein lebendigeres geworden ist. Wenn schon ein großer Theil der anher gelangten Waare zur Umwidlung früherer Verhältnisse benutzt wird, bleibt doch so Manches unplatziert und starke Angebote drücken die Preise, bezahlt wurden Stücklohlen $20\frac{1}{2}$ — $18\frac{1}{2}$ Thlr. nach Qualität, Auf- 18 — $17\frac{1}{2}$ Thlr., Coats 16 Thlr. nominell. Diese Preise lassen nach keiner Seite einen Gewinn in Aussicht, da die See- und Flußfrachten hoch sind. Schleifische Kohlen durch Ermäßigung der Bahnfracht billiger im Handel, westfälische ohne Umfah, Holzlohlen begehrt, in Ladungen auf Lieferung 16 Sgr. p. Tonne zu lassen, im Detail 18 — 20 Sgr. bezahlt.

† Breslau, 7. Mai. [Börse.] Bei matter Stimmung waren die Course weicher. National-Anleihe $54\frac{1}{2}$ — $53\frac{1}{2}$ pCt., Credit $58\frac{1}{2}$ — $57\frac{1}{2}$ pCt., wienener Währung $69\frac{1}{2}$ — $68\frac{1}{2}$ pCt. Von Eisenbahnactien waren Freiburger in Folge besserer Einnahmen höher, alle übrigen Gattungen matter. Fonds fest und wenig verändert.

Breslau, 7. Mai. [Amtlicher Producten-Börsenbericht.] Roggen (pr. 2000 Pfund) behauptet; pr. Mai $50\frac{1}{2}$ Thlr. Br., $50\frac{1}{2}$ Thlr. Gld., Mai-Juni $49\frac{1}{2}$ — $50\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, Juni-Juli $49\frac{1}{2}$ — $49\frac{1}{2}$ bis $49\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt und Gld., Juli-August $49\frac{1}{2}$ — $49\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, August-September $49\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, September-October —.

Rübsen wenig verändert; loco, pr. Mai und Mai-Juni $11\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, Juni-Juli $11\frac{1}{2}$ Thlr. Br., September-October $12\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, $12\frac{1}{2}$ Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus unverändert; loco $19\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, pr. Mai und Mai-Juni $19\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, Juni-Juli $19\frac{1}{2}$ Thlr. Br., Juli-August $19\frac{1}{2}$ Thlr. Br., August-September $20\frac{1}{2}$ Thlr. Gld.

Zink ohne Umfah.

Die Börsen-Commission.

Wasserstand.

Breslau, 7. Mai. Oberpegel: 14 $\frac{1}{2}$ 11 $\frac{1}{2}$. Unterpegel: 4 $\frac{1}{2}$ — 3.

Briefkasten der Redaktion.

Dem wohlbl. Vorstand des Vereins zur Abschaffung der Kinder-Bettelei in Bunzlau: Wir danken für den eingesandten Bericht; ein Auszug aus demselben ist bereits in Nr. 193 der Breslauer Zeitung vom 27. April abgedruckt.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Das 15. Stück der Gesammmlung enthält unter Nr. 5359 den Vertrag zwischen Preußen und Oesterreich, betreffend die Herstellung einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Neubrunn und Omiwien, so wie zwischen Dniezj und einem in der Gegend von Nicolai belegenen Punkte der Rensa-Kattowitzer Bahn. Vom 23. Febr. 1861; unter Nr. 5360 den allerhöchsten Erlaß vom 26. März 1861, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung der Gemeinde-Chauffee von Wierath an der Montjoie-Düren-Golzheimer Bezirksstraße im Kreise Montjoie über Strauch, Schmidt und Heimbach nach Platten an der Gemünd-Froisheimer Bezirksstraße im Kreise Schleiden, Regierungsbezirk Aachen, und unter Nr. 5361 den allerhöchsten Erlaß vom 3. April 1861, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chauffeen von Wehlar über Rauborn, Schwalbach und Niederquembach bis in das Solmsbadthal, im Kreise Wehlar, Regierungs-Bezirk Coblenz.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 7. Mai. Bei der heute im Herrenhause erfolgten Gesamtstimmung über die Grundsteuervorlagen wurden dieselben mit 110 gegen 81 Stimmen angenommen.

H e n d : P o s t.

b. Warschau, 6. Mai. Der sogenannte Galatag, die Geburtsfeier des Kaisers, ist mit gewöhnlichem Pomp amtlicherseits begangen worden, die für diese Tage anbefohlenen Gottesdienste sind in den Kirchen abgehalten worden, aber Warschau's Einwohner haben sich heute zu einem freiwilligen Gefängnis verurtheilt. Die Menschenleere auf den Straßen wird nur hier und von einzelnen Personen, denen man den Geschäftsgang ansieht, unterbrochen, seltener noch zeigt sich eine Equipage, und was im Sächsischen Garten und anderen Spazier-Orten von Spaziergängern und Fahrern gesehen wird, gehört den Russen an.

Seitdem die Censurschwärze statt der Confiscationen wieder eingeführt ist, nimmt sie täglich zu, und höchst selten bekommen wir etwas zu lesen, was Polen mittelbar oder unmittelbar angeht, es sei denn, daß es polenfeindlich ist und die Gemüther erbittert.

Die erste telegraphische Depesche in Nr. 204 der Breslauer Zeitung ist vollständig gestrichen, ebenso in Nr. 205 ein Passus zwischen „Brüssel und Gellingfors“, und zwischen „St. Domingo“ und „Provinzial-Zeitung“. Vielleicht nehmen Ihre Leser sich die Mühe, nachzusehen, was bei uns als denkgefährlich dem Unterthanengeiste entzogen wird.

Das viel erwartete kaiserliche Manifest ist heute nicht erschienen, und das Provisorium mit Militärbesatzung und Kanonen, mit Verhaftungen und Laternenzwang wird immer drückender und niederschlagender.

Die Beschränkung bei Leihenbegünstigungen ist heute wiederum bei Verdringung der Frau eines Arztes in voller militärischer Strenge durchgeführt worden. Fast alle Truppengattungen wurden in Masse angewendet, um die zahlreichen Begleiter vom Leihenzuge abzuschneiden. Eine zeitlang war man in den entfernteren Stadttheilen in größter Spannung, als man die Truppen im vollen Carriere nach der Miodowa eilen sah, von wo der Leihenzug ausging. — Inzwischen wird an den Reformen immer noch gearbeitet, und Männer, denen die Einsicht in die Vorschläge des hiesigen Administrationsrathes vergönnt ist, versichern, daß die Reformen zufriedenstellend sein könnten, wenn sie die kaiserliche Bestätigung unverändert erhielten. Als der Engländer bei den Beratungen über die zu ertheilenden Concessionen wird Staatsrath Karnicki bezeichnet, derselbe, den der Kaiser nach den Vorgängen vom 27. Februar zu sich hatte berufen lassen und der das kaiserliche Manifest hierher gebracht hat.

Die Illumination zum heutigen Galatage ist mit größerer Strenge als sonst anbefohlen worden. Doch bemerkte man bis gegen Abend außer an den Regierungsgebäuden nur wenige Vorbereitungen zu Transparenzen und bedeutenderen Illuminationen; am auffallendsten vorbereitet zeigte sich das Palais des Grafen August Potocki, Oberhofstallmeister des Kaisers. Das geringste Illuminationsquantum, das polizeilich gefordert wird, sind 2 Lichter an jedem Fenster. Doch ich lasse hier lieber der Curiosität halber ein solches polizeiliches Liebesreglement für gute Unterthanen in wortgetreuer Uebersetzung folgen:

„Morgen am Jahresfeste der Geburt Sr. Maj. des Kaisers soll die Stadt erleuchtet sein. Die Illumination hat mit dem Eintritt der Dämmerung anzufangen und muß ohne Unterbrechung bis 12 Uhr Nachts dauern. An jedem Fenster müssen zwei Lichter brennen. Die Beleuchtung der Häuser mit Pechflammen ist casstr.“

Wer sich der obigen Verwarnung nicht fügt, unterliegt einer Polizeistrafe von 4 Rub. 50 Kopeken. — Die Herren Hauseigenthümer oder Aufseher sind verpflichtet, obige Verwarnung den Mietfern, welche nach der Fronte in ihren Häusern wohnen, mitzutheilen. Der Commissair der executiven Polizei, Cyrel.“

Trotz dieser Verwarnung sind bis jetzt doch nur wenige Häuser beleuchtet, und die Stadtkasse hat auf Vereinerung der Straße Ausschließen.

Hiermit erlauben wir uns wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß die aus unserer Fabrik hervorgegangenen Stahlfedern mit unserer vollen Firma: **Heintze & Blanckertz** gestempelt sind, und daß es außer unserer Fabrik, keine Fabrik von Stahl- oder Metallschneidfedern mehr in Deutschland giebt. [3095]

Heintze & Blanckertz in Berlin.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Im Monat April 1861 wurden auf der Bahn 41,063 Personen befördert. Die Einnahme hat betragen:

1) aus dem Personen- u. Verkebr	20,564 Tblr.	16 Sgr.	6 Pf.
2) aus dem Bienen-Güter-Verkehr	34,161 „	14 „	3 „
3) aus dem Durchgangs-Güter-Verkehr ca.	14,000 „	— „	— „
4) aus den Extraordinarien	1,475 „	17 „	8 „
im Ganzen	70,201 Tblr.	18 Sgr.	5 Pf.

Im Monat April 1860 betrug die Einnahme nach berichteter Feststellung 59,771 Tblr. — Sgr. 9 Pf.

Mithin pro 1861 mehr 10,430 „ 17 „ 8 „

Hierzu die Mehr-Einnahme bis April nach berichteter Feststellung mit 22,445 „ 19 „ — „

Mithin mehr 32,876 Tblr. 6 Sgr. 8 Pf.

Das Directorium.

Breslau, den 6. Mai 1861.

Literarisches.

[3714]

Zur Kenntnissnahme der Herren Mitglieder der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur.

Die Schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur besteht seit länger als einem halben Jahrhundert und ist während dieser Zeit ein Sammelplatz wissenschaftlicher Bestrebungen nicht nur für die hiesige

Stadt, sondern auch für die gesammte Provinz Schlesien gewesen, indem sie, unterstützt durch viele Mitglieder der seit 1811 hier befindlichen Universität, sich zur Aufgabe stellte, alle Gebiete der Wissenschaften in sich zu vereinigen und sie auch für praktische Zwecke in weiteren Kreisen nutzbar zu machen. Jedoch hat sich bei der bisher üblichen Veröffentlichung der zahlreichen Vorträge und Mittheilungen, welche in den Sitzungen der einzelnen Sectionen vorliefen, ein Uebelstand infolge geistig, als dieselben alljährlich nur einmal in einem Gesamtbericht erfolgte, also Vieles erst sehr spät zur öffentlichen Kenntniss gelangte, ein um so empfindlicherer Nachtheil, da sich in unseren Tagen alle Redaktionen beileben, die Publication der ihnen übergebenen Abhandlungen so schnell als möglich zu bewirken. Viele Mitglieder der Gesellschaft sehen sich unter diesen Verhältnissen auch wohl veranlaßt, ihre in unsern Vereinen gehaltenen Vorträge anderweitigen periodischen Schriften zu übergeben, daher unsere bisherigen Jahresberichte nicht als der Gesamttausdruck der Thätigkeit und Produktivität der Gesellschaft anzusehen sind.

Um diesen Uebelständen abzuhelfen, hat das unterzeichnete Präsidium beschlossen:

1) Es sollen von jetzt an im Laufe jedes Jahres von Zeit zu Zeit, je nach dem vorliegenden Material, Hefte unter dem Titel: „Abhandlungen der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur“, erscheinen, welche dazu bestimmt sind, von der wissenschaftlichen Thätigkeit der Sectionen ein volleres Zeugnis zu geben, als dies in den bisherigen Jahresberichten der Fall war. In diesen Hefen beabsichtigen wir nämlich die zur Veröffentlichung geeigneten Vorträge, welche von Mitgliedern der Gesellschaft in unseren Sitzungen gehalten oder von unsern Korrespondenten zur Mittheilung in den Sectionen eingesendet werden, in möglicher Vollständigkeit und mit möglicher Beschleunigung zu veröffentlichen, und zwar in jedem Hefte immer nur eine Abhandlung aus nahe verwandten Disciplinen, so daß z. B. die eine Reihe von Hefen nur Arbeiten aus den Naturwissenschaften und der Medizin, eine andere dagegen, unabhängig von dieser,

nur Arbeiten aus den historischen, philologischen Wissenschaften u. s. w. dar bieten wird.

2) Außerdem erscheint am Ende jedes Jahres, wie bisher, in einem besonderen Hefte ein Generalbericht, welcher das Erforderliche über die Verwaltung und die Veränderungen in der Gesellschaft, sowie über die Sitzungen und Verhandlungen der Sectionen in ähnlicher Art enthalten wird, wie dies im allgemeinen Theile unserer bisherigen Jahresberichte zu geschehen pflegte. Die Abhandlungen und der Generalbericht zusammen genommen, machen in Zukunft den Gesamt-Inhalt unserer Verhandlungen während eines Jahres aus.

Die Redaction dieser Veröffentlichungen ist einer von dem Präsidium der Gesellschaft gewählten Commission anvertraut worden, welche aus folgenden Mitgliedern besteht: aus dem Präses der Gesellschaft, Geheimen Medizinal-Rathe Professor Dr. Göppert, dem Privatdozenten Dr. Aubert, Sekretär der medizinischen Section, Professor Dr. F. Cohn, Sekretär der botanischen Section, Staatsrath Professor Dr. Grube, Sekretär der naturwissenschaftlichen Section und Professor Dr. Ruge, Sekretär der histor. Section.

Durch diese Einrichtung dürfte nicht nur eine weit schnellere Veröffentlichung der der Gesellschaft vorgelegten Abhandlungen, sondern auch die Gelegenheit ermöglicht werden, die einzelnen Hefte auf buchhändlerischem Wege zu beziehen, wodurch ihre weitere Verbreitung gewiß wesentlich erleichtert wird.

Wir glauben auf diese Weise ebensoviel das Interesse der einzelnen Mitglieder und der Gesellschaft überhaupt zu fördern, als auch nach außen hin unseren literarischen Bestrebungen einen entsprechenden und wirksamen Ausdruck, als bisher, zu geben.

Das Präsidium der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur.

Göppert, v. Götz, Bartisch, Schönborn, Klose.

Heute fällt die Stadtverordneten-Vorversammlung aus. [3205]

Die heute vollzogene Verlobung unserer ältesten Tochter Marie mit dem Kaufmann Herrn Heinrich Wohl aus Landeshut in Schlesien zeigen wir hiermit Verwandten und Freunden ergebenst an.

Danzig, den 7. Mai 1861.

Sanitätsrath Dr. Hildebrandt nebst Frau.

(Statt besonderer Meldung.)
Emma Eschke.
Julius Linde, Apotheker.
Verlobte. [4243]
Ober-Salzbrunn, den 4. Mai 1861.

Unsere gestern in Neumarkt vollzogene eheliche Verbindung beehren wir uns **stark besonderer Meldung** hiermit ganz ergebenst anzuzeigen. [4231]
Breslau, den 7. Mai 1861.

G. Halbscheffel, Landschafts-Assistent.
Bertha Halbscheffel, geb. Hempel.

Theater-Repertoire.
Mittwoch, den 8. Mai. (Kleine Preise.)
„Der Doktor und der Apotheker.“
Komische Oper in 2 Akten, nach dem Französischen des „L'Apothicaire de Murcie“ von Stephani dem Jüngeren. Musik von Ditters von Dittersdorf. Vorher: „Rein.“ Lustspiel in 1 Akt von R. Benedix.
Donnerstag, den 9. Mai. (Erhöhte Preise, mit Ausnahme für Gallerie und 1. Gallerie.)
10. Gastspiel des Herrn **Emil Devrient**, Ehrenmitglied des kgl. sächs. Hof-Theaters.
„Die Memoiren des Teufels.“ Lustspiel in 3 Akten, nach dem Französischen bearbeitet von L. B. Göler. (Robert, Hr. Emil Devrient.)

Sommertheater im Wintergarten.
Mittwoch, den 8. Mai. (Kleine Preise.)
1) Zum 1. Male: „Der letzte Trumpf.“ Lustspiel in 1 Akt von Wilhelm. 2) „Wer ist mit?“ Vaudeville-Burleske in 1 Akt von W. Friedrich. Musik von Etienne. 3) „Doktor Vesche.“ oder: „Kleine Herren.“ Pöffe mit Gesang in 1 Akt, nach dem Französischen frei bearbeitet von Kallisch. Musik von Conradi. 4) „Vietsch zum ersten Male in Robert der Teufel.“ Solo-scene mit Gesang nach Libretto. — Anfang des Concerts um 3 Uhr. Anfang der Vorstellung um 4 1/2 Uhr.

Nach der letztwilligen Bestimmung des am 5. d. Mts. verstorbenen Herrn Kaufmann **S. B. Nechels** ist von dessen hinterlassenen Ehegattin ein Geschenk von 200 Thalern, bezeugt durch die am Begräbnistage des Erblassers an würdige christliche Orts-Arme zur Haupt-Armensasse eingezahlt worden, wofür wir im Namen der zu theilnehmenden Armen hiermit öffentlich innigen Dank abstaten. [651]
Breslau, den 7. Mai 1861.

Die Armen-Direction.

Die hiesige Gemeinde beabsichtigt von Johannis oder Michaelis d. J. ab: [4245]
a) die Anstellung eines Religions- und Elementarlehrers, der jedoch gleichzeitig auch im Stande ist, Knaben für die mittleren Gymnasialklassen vorzubereiten. Der Gehalt ist auf 400 Tblr. jährlich festgesetzt.
b) die Anstellung eines Kantors, der jedoch auch zugleich die Funktion eines Hilfslehrers versehen muß. Der jährliche Gehalt beträgt 300 Tblr., die Nebenerevennen ca. 50 Tblr.
Hierauf Reflektirende belieben sich in portofreien Briefen unter Einsendung ihrer Zeugnisse an den unterzeichneten Vorstand zu wenden.
Namslau, den 4. Mai 1861.

Der Synagogen-Gemeinde-Vorstand.

Für die am hiesigen Orte zu gründende Vereinsschule soll ein evangelischer **Elementarlehrer** mit 240 Tblr. jährlichem Gehalt, freier Wohnung und Beheizung, angestellt werden. [3718]
Kandidaten mit mindestens dem Zeugnis Nr. 2 und wenn sie bereits beide Prüfungen bestanden haben, wollen sich unter Angabe ihrer Familienverhältnisse an den Unterzeichneten wenden.
Neubach, den 6. Mai 1861.

Medizinische Section.

Freitag den 10. Mai. Abends 6 Uhr: Herr Privatdocent Dr. Freund: 1) über état mameonné des Magens; 2) über Vorfälle des Uterus.
Herr Privatdocent Dr. Neumann: Jahresbericht über seine Anstalt. [3715]

Der zooplastische Garten
an der Graf Henckelschen Reitbahn
ist von Morgens 8 bis Abends 7 Uhr geöffnet.
C. Diekmann, Director. [3667]



Bekanntmachung. [3719]

Bromberg-Thorner Eisenbahn.
Es soll die Lieferung von 50 Stück Pendeluhren für die Wästerstationen der Bromberg-Thorner Eisenbahn, veranlaßt mit fünf Thaler pro Stück, anzuliefern bis spätestens **den 15. August d. J.** franco Bahnhof Bromberg an meine Adresse im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.
Die Offerten sind portofrei und versiegelt mit der Aufschrift „Submission auf Pendeluhren für die Bromberg-Thorner Eisenbahn“ versehen bis zur Terminsstunde **Montag, den 27. Mai v. J., Nachmittags 3 Uhr**, an mich einzuliefern, wo dieselben in Gegenwart der erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Die Lieferungs-Bedingungen können in meinem Bureau in den Dienststunden eingesehen, auch gegen Erstattung der Copialien auf portofreie Anträge von mir bezogen werden. Bromberg, den 4. Mai 1861.
Der Eisenbahn-Telegraphen-Inspector **Schröter.**

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung. [649]
Vom 7. Mai d. J. ab erhalten die nachstehend genannten Posten folgenden veränderten Gang:

- 1) die **Personenpost** zwischen **Hoyerswerda** und **Soran**: aus Hoyerswerda um 2 30 Uhr Nachm., in Soran um 11 45 Uhr Abends, aus Soran um 3 30 Uhr Früh, in Hoyerswerda um 12 45 Uhr Mittags;
- 2) die **Personenpost** von **Grünberg** nach **Soran**: aus Grünberg um 6 30 Uhr Abends, in Soran um 11 40 Uhr Abends;
- 3) die **Personenpost** von **Jülichau** nach **Grünberg**: aus Jülichau um 3 15 Uhr Nachm., in Grünberg um 5 45 Uhr Nachm.;
- 4) die **Karrielpost** zwischen **Vogberg** und **Muskau**: aus Vogberg um 4 45 Uhr Nachm., in Muskau um 7 Uhr Abends, aus Muskau um 8 15 Uhr Früh, in Vogberg um 10 30 Uhr Vorm.;
- 5) die **Karrielpost** von **Hoyerswerda** nach **Wittichenau**: aus Hoyerswerda um 1 30 U. Nachm., in Wittichenau um 2 15 Uhr Nachm.;
- 6) die **Botenpost** von **Bernsdorf** nach **Hoyerswerda** — über **Wittichenau** —: aus Bernsdorf um 10 Uhr Vorm., in Hoyerswerda um 2 Uhr Nachm.
Riegnitz, den 4. Mai 1861.
Der Ober-Post-Director.
In Vertretung: **Radtke.**

[515] Bekanntmachung. Concurs-Eröffnung. Königl. Stadt-Gericht zu Breslau. Abtheilung I.

Den 10. April 1861, Mittags 12 Uhr.
Ueber den Nachlaß des am 7. Januar 1861 zu Breslau verstorbenen Kaufmanns **Julius Hensfeld** ist der gemeine Concurs eröffnet worden.

I. Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **C. O. Stetter**, Karlsstr. Nr. 20 hier bestellt.
II. Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgeboten, nichts an denselben zu verabsorgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände

bis zum **31. Mai 1861** einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Concurs-Masse abzuliefern.

Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Bekanntmachung. [570]
Ueber den Nachlaß des am 16. Jan. 1861 hier verstorbenen Schneidermeisters **Friedrich Wilhelm Gustav Gerber** ist das erblassliche Liquidations-Verfahren eröffnet worden. Es werden daher die sämtlichen Erbschaftsgläubiger und Legatäre aufgefordert, ihre Ansprüche an den Nachlaß, dieselben mögen bereits rechtschuldig sein oder

nicht, bis zum **24. Mai 1861** einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat zugleich eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen. Die Erbschaftsgläubiger und Legatäre, welche ihre Forderungen nicht innerhalb der bestimmten Frist anmelden, werden mit ihren Ansprüchen an den Nachlaß dergestalt ausgeschlossen werden, daß sie sich wegen ihrer Befriedigung nur an dasjenige halten können, was nach vollständiger Berichtigung aller rechtzeitig angemeldeten Forderungen von der Nachlassmasse, mit Ausschluß aller seit dem Ableben des Erblassers gezogenen Nutzungen, übrig bleibt. Die Abfassung des Präliminums-Erkenntnisses findet nach Verhandlung der Sache in der auf **den 29. Mai 1861, Vormittags 11 Uhr**, in unserm Sitzungssaale hier anberaumten öffentlichen Sitzung statt.
Breslau, den 17. April 1861.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheil. I.

Anruf. [650]

Bei der am 29. September, 24., 25., 31. Oktober, 7. und 8. November d. J. abgehaltenen 120ten Auktion der im hiesigen Stadt-Verwaltungsamt verfallenen Pänder und zwar befolgenden Pfandnummern:

A. Aus dem Jahre 1856.
Nr. 52,789, 54,633.

B. Aus dem Jahre 1857.
Nr. 59,911, 63,039, 63,209, 68,337, 69,834, 70,370, 71,436, 72,159, 72,528, 72,957, 73,218, 74,536, 74,647, 75,392, 75,578, 76,026, 77,229, 77,885, 78,384, 79,436, 80,094.

C. Aus dem Jahre 1858.
Nr. 565, 1014, 1345, 2051, 4126, 4752, 5223, 5322, 6288, 7108, 7216, 7781, 7794, 8045, 8373, 8994, 9262, 9289, 9783, 9894, 11,585, 11,992, 12,265, 13,029, 13,075, 14,000, 14,585, 15,211, 15,752, 15,863, 17,153, 17,289, 18,696, 19,703, 19,879, 20,660, 21,048, 21,158, 21,257, 21,480, 21,594, 21,767, 22,036, 22,336, 23,196, 23,199, 23,298, 23,782, 23,808, 24,893, 25,916, 26,008, 26,359, 27,890, 27,938, 28,177, 29,465.

D. Aus dem Jahre 1859.
Nr. 29,869, 30,747, 31,124, 35,672, 36,394, 37,164, 37,518, 38,062, 38,122, 38,290, 38,386, 38,430, 38,459, 38,606, 38,651, 38,673, 38,747, 38,771, 38,809, 39,038, 39,319, 39,352, 39,528, 39,559, 39,578, 39,753, 39,791, 39,981, 40,067, 40,116, 40,124, 40,201, 40,218, 40,457, 40,529, 40,716, 40,870, 40,900, 41,045, 41,143, 41,333, 41,420, 41,492, 41,811, 41,859, 41,909, 42,016, 42,051, 42,062, 42,098, 42,194, 42,204, 42,278, 42,390, 42,468, 42,819, 42,884, 42,923, 43,017, 43,278, 43,401, 43,742, 43,802, 43,889, 43,918, 44,235, 44,324, 44,687, 44,701, 44,753, 44,773, 44,849, 44,905, 44,915, 44,951, 45,031, 45,053, 45,132, 45,259, 45,279, 45,321, 45,557, 46,107, 46,306, 46,310, 46,504, 46,512, 46,578, 46,687, 46,718, 46,746, 46,888, 46,964, 46,966, 46,984, 47,105, 47,275, 47,292, 47,327, 47,468, 47,556, 47,568, 47,586, 47,690, 47,716, 47,792, 47,825, 47,939, 47,996, 48,297, 48,320, 48,359, 48,385, 48,617, 48,723, 48,907, 49,140, 49,153, 49,307, 49,345, 49,347, 49,356, 49,422, 49,513, 49,588, 49,693, 49,768, 49,857, 49,864, 49,920, 49,930, 50,082, 50,205, 50,229, 50,302, 50,330, 50,428, 50,478, 50,565, 50,694, 50,731, 50,753, 51,031, 51,063, 51,065, 51,114, 51,131, 51,135, 51,231, 51,239, 51,274, 51,277, 51,375, 51,425, 51,467, 51,531, 51,588, 51,639, 51,691, 51,735, 51,748, 51,784, 51,785, 51,894, 51,901, 51,908, 51,933, 51,963, 51,976, 52,087, 52,101, 52,165, 52,168, 52,191, 52,259, 52,343, 53,509, 61,131, 65,470, hat sich ein Ueberschuß ergeben.

Die beteiligten Pfandgeber werden daher hiermit aufgefordert, sich bei unserm Stadt-Verwaltungsamt von jetzt ab, bis spätestens den 19. Dezember 1861 zu melden und den nach Berichtigung des Darlehns und der davon bis zum Verkauf des Pfandes aufgelaufenen Zinsen, sowie des Betrages des auf Auktionskosten verbliebenen Ueberschuß gegen Quittung und Rückgabe des Pfandscheins in Empfang zu nehmen, widrigenfalls die betreffenden Pfandscheine mit den daraus begründeten Rechten der Pfandgeber als erloschen angesehen und die verbliebenen Ueberschüsse der hiesigen Armen-Rasse zum Vortheil der hiesigen Armen werden überwiesen werden.
Breslau, den 20. November 1860.
Der Magistrat.

[3349] Bekanntmachung.

Im Auftrage der Testaments-Executoren der hieselbst verstorbenen Kaufmanns-Witwe **Friederike Heintze**, geb. **Schippang**, fordere ich hiermit alle diejenigen, welche an die Heintze'sche Nachlassmasse Zahlungen zu leisten haben, auf, binnen vier Wochen zur Vermeidung der Klage die schuldigen Gelder resp. die Quittungen hierüber, an mich einzusenden, oder etwaige Erklärungen, an mich abzugeben.
Neufals a/D., den 22. April 1861.
Der Rechtsanwalt **Reichelt.**

[648] Proclama.

Das zum Nachlaß des Posthalterbesizers **August Robert Herrmann** gehörige Posthalterei-Grundstück Nr. 5, Zwingersgarten zu Strehlen, abgeschätzt auf 9005 Tblr 25 Sgr., soll im Wege der freiwilligen Subpation im Termine **den 6. Juni d. J. Vorm. 11 Uhr** an hiesiger Gerichtsstelle vor dem Kreis-Richter Herrn **Lauterbach** meistbietend verkauft werden.

Kauflustige werden zu diesem Termine mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Verkaufsbedingungen in unserer Registratur eingesehen werden können.
Strehlen, den 23. April 1861.
Königl. Kreis-Gericht. II. Abth.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Mit Rücksicht auf das am 15. Mai stattfindende Thierschausfest zu Schweidnitz, werden an diesem Tage von den Stationen Breslau-Freiburg, Frankenstein, Reichenbach, Striegau, Jauer und Riegnitz **Tagesbillets nach Schweidnitz** unter den gewöhnlichen, dafür festgestellten Bedingungen ausgegeben.
Breslau, den 6. Mai 1861.

Directorium.

Bekanntmachung. Die Herren Actionaire der Rattowitz-Domb-Königshütter Chaussee werden zur ordentlichen General-Versammlung auf

Montag, den 10. Juni 1861, Vorm. 9 Uhr, in die hiesige Dominal-Rent-Amts-Canzlei hierdurch eingeladen.

Rattowitz, den 6. Mai 1861.
Das Directorium der Rattowitz-Domb-Königshütter Chausseebau-Actien-Gesellschaft.
Grundmann. Knappe. [3701]

Bei **Trewendt & Granier** in Breslau, Albrechtsstraße Nr. 39, vis-à-vis der königl. Bank, und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

fr. Rabener,
Knallerbse,
oder: Du sollst und mußt lachen.
(256) Anekdoten der neuesten Zeit.
14. Auflage!! Preis 10 Sgr.

Mit Vergnügen wird man in diesem witzreichen Buche lesen und über die naiven Einfälle lachen müssen. — Enthält Anekdoten von und für alle Stände und besonders von fürstlichen Personen.
Ueber 25,000 Exemplare wurden bereits davon abgesetzt.

Zur Erhöhung der Feier bei Familienfesten:
f. Schellhorn, 120 außerlesene

Geburts- und Hochzeits-, Neujahrs- und Abschieds-Gedichte, Polterabendscherze, Stammbuchverse und Gesellschafts-Räthsel.

9. Auflage. Preis 15 Sgr.
NB. Ein schönes Gedicht ist bei Familienfesten von großem Werthe. Diese Sammlung bester Gelegenheits-Gedichte ist mit solchem Beifall aufgenommen, daß jetzt die sechste verbesserte Auflage davon erschienen.
Vorräthig in Riegnitz in Gerichel's Buchhandlung, in Reisse bei Graveur, in Oppeln bei Clar, in Posen bei J. F. Heine. [3708]

Deutscher Phönix.

Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

Die Resultate der in der General-Versammlung am 20. April 1861 abgelegten Rechnung des Jahres 1860 sind:

Grund-Capital	3,142,857 Tblr.
Im Jahre 1860 abgeschlossene Versicherungen	351,420,241 „
Einnahme für Prämien und Zinsen	698,464 „
Total-Summe der baaren Reserven	614,352 „

Der Protokoll-Auszug und Rechnungs-Abchluß können bei der unterzeichneten General-Agentur eingesehen werden. Breslau, den 7. Mai 1861.

Ruffer & Comp.,
General-Agentur des deutschen Phönix für die Provinz Schlesien.
[3710]

[652] Bekanntmachung

des Termins zur Prüfung einer erst nach dem Ablauf der bestimmten Fristen angemeldeten Forderung.

Zu dem Conturs über das Vermögen des Kaufmanns **Carl Steinis** zu Frankenstein hat der Kaufmann **Joseph A. Cohn** zu Breslau nachträglich eine Forderung von = 77 Tblr. 14 Sgr. 3 Pf. = und Zinsen angemeldet.

Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf

den 31. Mai 1861, Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissar im Termins-Zimmer Nr. 11 des hiesigen Gerichts-Gebäudes anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniss gesetzt werden.

Frankenstein, den 2. Mai 1861.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.
Der Kommissar des Conturses.

[648] Proclama.

Das zum Nachlaß des Posthalterbesizers **August Robert Herrmann** gehörige Posthalterei-Grundstück Nr. 5, Zwingersgarten zu Strehlen, abgeschätzt auf 9005 Tblr 25 Sgr., soll im Wege der freiwilligen Subpation im Termine **den 6. Juni d. J. Vorm. 11 Uhr** an hiesiger Gerichtsstelle vor dem Kreis-Richter Herrn **Lauterbach** meistbietend verkauft werden.

Kauflustige werden zu diesem Termine mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Verkaufsbedingungen in unserer Registratur eingesehen werden können.
Strehlen, den 23. April 1861.
Königl. Kreis-Gericht. II. Abth.

Bau-Berdingung.

Die Aufstellung des Schlachtfeld-Denkmal auf dem Heberg bei Panten soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Das Denkmal ist von Granit, und werden alle dazu gehörigen Theile fertig bearbeitet bis an die Baustelle geliefert; die Aufstellung kann sofort begangen und soll Ende Juni c. beendet sein.

Zeichnung und nähere Angabe des Baues sind täglich in meinem Geschäfts-Lokale einzusehen.

Bau-Unternehmer, welche gesonnen sind, die Aufstellung zu übernehmen, bitte ich, ihre Forderungen mir bis zum 15. d. M. schriftlich zukommen zu lassen.

Riegnitz, den 2. Mai 1861. [3706]

F. Gölz, Theaterlaben Nr. 6.

Auction.

Freitag, den 10. Mai, Vorm. von 10 Uhr ab, werden im Gerichtstreichsam zu Bopelwitz **drei 6-jährige Pferde, drei Wagen**, halbbegebte und ein offener, ein **Schlitten**, Glodenspiel, mehrere zwei- und einspännige Geschirre, Sattel, Zaumzeuger fast neu, auch andere Utensilien, meistbietend versteigert werden. [4168]

Das Ortsgericht.

Auction. [4244]
Schwarzwalder Uhren, Tisch- und Taschenuhren, eine Silberuhr mit Spielwerk und eine große Kisten-Uhr, 21 Stück spielend, sollen **Sonnabend den 11. Mai**, am Neumarkt 33, Ede Lannengasse, meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

